

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Fährmann.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Höfestr. 16a part.
Telephonruf: Nr. 3392.

Insertionsgebühr pro sechsgepaaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserten finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **380 600** Exemplaren
erschient diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Das Geheimnis der deutschen Syndikatspolitik hat der Generaldirektor des Eisen- und Stahlwerkes Hoefich, Kommerzienrat Springorum, in der jüngst abgehaltenen Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute preisgegeben. Alle Syndikatsmaßnahmen in der Periode wirtschaftlichen Niederganges sind nur mit Rücksicht auf das Wohl der Arbeiterschaft getroffen worden. Die Herzensgüte der Syndikatsherren hat sich in aller Stille betätigt, ihre Bescheidenheit allein ließ es trotz der schwersten Angriffe bisher nicht zu, das Geständnis abzulegen, daß die als brutal und gemeingefährlich verschriene Politik des Kohlen- und Stahlwertverbandes gar nicht dazu dienen sollte, die Stellung der gemischten Betriebe zu befestigen und die reinen Hüttenwerke zu erdroffeln, daß alles vielmehr nur geschah, um Arbeiterentlassungen nach Möglichkeit zu verhindern. Herr Springorum versicherte, daß es für die deutschen Werke von einem rein kaufmännischen Standpunkt aus richtiger sein würde, die Erzeugung lediglich nach dem vorhandenen Bedarf zu bemessen, und auf diese Weise die mit Aufstapelung von Roheisen, Halbfabrikaten und Trägern verbundenen mannigfachen und erheblichen Geldverluste, die namentlich in der jetzigen geldkuren Zeit besonders empfindlich werden, zu vermeiden. Man nehme aber diese Verluste mit in den Kauf, um nicht, wie in Amerika üblich, die Arbeiter ohne weiteres in großer Zahl auf die Straße zu setzen. Nach diesen rührenden Bekundungen wurde an die Staatsbahnverwaltung die Anforderung gerichtet, die Aufträge schon jetzt möglichst reichlich zu erteilen, ferner wird von ihr verlangt, daß sie einen Teil der für die nächsten Jahre aus dem Ausland zu beziehenden Holzschwellen durch Eisenwellen ersehe und jetzt bereits bestelle. Die Maßschlüsse verdrängen sich zum Schluß zu der Drohung, daß ihre Nichtbefolgung Arbeiterentlassungen größeren Stils nach sich ziehen müßte. Derartige Reden können nur für die Herren der preussischen Regierung bestimmt sein, denn es gibt wohl über diesen Kreis hinaus keinen halbwegs verständigen Menschen, auf den sie irgend welchen Eindruck machen. Die vom Stahlwertverband gründlich ausgenutzte Eisenbahnverwaltung soll zu erweiterten Bestellungen genötigt werden; um dieses Verlangen nach der Kritik, die die berücksichtigten Lieferungsverträge des Verbandes mit der Staatsverwaltung erfahren haben, überhaupt noch stellen zu können, kleidet man es in eine sozialpolitische Form.

Die Statistik des Stahlwertverbandes und des Kohlenyndikats bei der Berichterstattung über die Marktlage wird inneweg fortgesetzt. Das Kohlenyndikat besonders hält an der Methode jenes Kurpfuschers fest, der Schminke als Heilmittel gegen Reichsruhm anwendet. Die Absatzverhältnisse haben sich im März weiter verschlechtert, von einer Belebung des Geschäftes konnte auch weiterhin nicht die Rede sein, so daß mit einer größeren Verminderung der Beteiligungsziffern der Syndikatszeichen gerechnet wurde. Das Syndikat faßte jedoch am 22. April den Beschluß, eine Verringerung der Produktionsbeschränkung eintreten zu lassen. Für die Monate Mai und Juni 1908 wurden die Beteiligungsanteile in Kohlen auf 87 1/2 Prozent, in Roheisen auf 70 Prozent und in Brilleisen auf 95 Prozent festgesetzt, das bedeutet gegen den April eine Zunahme von 2 1/2 Prozent für Kohlen, 5 Prozent für Roheisen und 5 Prozent für Brilleisen. Durch diese Erhöhung der Beteiligungsanteile will man den Anschein erwecken, daß sich eine erhöhte Nachfrage rege, daß der Ziehfund übermüdet sei und die Besserung einsehe. Der Trick ist uns so plumper, da er schon im März angekündigt worden ist. Die Folge der Kohlenwuchers sind bei vielen der in diesen Tagen veröffentlichten Betriebsausweise rheinisch-westfälischer Kohlenbergwerke für das erste Quartal 1908 zahlenmäßig zu erkennen. So ist der Betriebsüberschuß der Garpener Bergbaugesellschaft von 3,64 Millionen Mark im ersten Quartal des Vorjahres auf 4,74 Millionen Mark im ersten Quartal des laufenden Jahres gestiegen. Der Mülheimer Bergwerksverein erzielte einen Quartalüberschuß von 782510 M gegen 583094 M im Vorjahr, der überschüssig bei Hibernia stieg von 3590681 M auf 3692081 M. Die Preiserschöpfung für Kohlen, die die deutsche Industrie so beträchtlich bedrängen, haben alle sonstigen Erscheinungen der Krise für das Syndikat weitgemacht. Bei Wertung der Beteiligungsanteile des Syndikats wird stets beachtet werden müssen, daß zu den als abgesetzt bezeichneten Mengen auch die für Rechnung des Syndikats aufgeschafften Lagerbestände gehören, die jetzt einen kolossalen Umfang angenommen haben. Dadurch verschiebt sich das „Absatzbild“ recht wesentlich.

Der Stahlwertverband hat nach seinem letzten Ausweis im Monat März in A-Produkten 486348 Tonnen gegen 420508 Tonnen im Februar verkauft, es ist mithin im März eine Steigerung des Verkaufes um rund 66000 Tonnen gegen den im Februar zu verzeichnen. Die folgenden Ziffern lassen die Beteiligung der einzelnen Produkte an dem Gesamtverkauf erkennen und ermöglichen den Vergleich mit den entsprechenden Monaten der Vorjahre. Der Verkauf betrug:

	Eisenbahnverbaufstoffe			Formetten			Gesamtprodukte A		
	1906	1907	1908	1906	1907	1908	1906	1907	1908
Januar	175962	154915	101460	154859	188386	214557	129012	146370	67039
Februar	156515	141347	108854	155671	183111	207562	125376	124806	104092
März	178052	147769	131986	172693	208168	198841	177107	152372	155521

Für die Höhe des Verkaufes war nach der Erklärung des Stahlwertverbandes neben dem stärkeren Frühjahrsabruf auch der Umstand maßgebend, daß die Werke mit Rücksicht auf die bevorstehende Abrechnung des mit März zu Ende gehenden Geschäftsjahres noch möglichst große Mengen zu liefern suchten. Schon deshalb wäre es bedenklich, aus diesen Ziffern den Schluß zu ziehen, daß die Beschäftigung eine bessere geworden ist. Die gestiegenen Ziffern bringen nicht den Beweis für einen wirklichen Mehrbedarf, sie umfassen auch die Mengen, die auf Lager genommen wurden. Der Syndikatsbericht über die Geschäftslage betont besonders, daß die in Abnehmerkreisen vielfach gehegte Erwartung auf eine Ermäßigung des Preises für Formetten grundlos ist, Preisermäßigungen werden nicht stattfinden. Weiter wird hervorgehoben, daß im Auslandsverkehr sich in einzelnen Absatzgebieten der russische und italienische Wettbewerb störend bemerkbar mache. Früher ließ der Monatsausweis den Umfang des Auslandsgeschäftes erkennen, während jetzt eine Spezialisierung des Verbandes nicht mehr erfolgt, offenbar zu dem Zwecke, die Ausfuhrhöhe zu verbeden. Der besagte russische Wettbewerb dürfte sich in der nächsten Zeit wohl noch verschärfen, da sowohl in Südrussland als in Russisch-Polen eine Verstruung der Eisenwerke sich vollzieht.

Der Abschluß des amerikanischen Stahlstrafes für das erste Quartal 1908 beweist, daß der vielversprochene Aufstieg der amerikanischen Industrie nach den schmerzlichen Stürmen der Krise jetzt nur in den Köpfen einiger Konjunkturmacher zuversichtlicher Observanz eingetreten ist. Nach Abzug der gewöhnlichen Betriebskosten erbrachte das erste Quartal 1908 einen Überschuß von 18,23 Millionen Dollar gegen 39,12 Millionen in dem gleichen Quartal des Vorjahres. Bisher betragen die Gewinnüberschüsse des Stahlstrafes in den einzelnen Quartalen:

	1904	1905	1906	1907	1908
1. Quartal	13545230	23025886	36634490	39122492	18229005
2. „	18490725	30305116	40125033	45503705	—
3. „	18774130	31420582	38114624	43304285	—
4. „	24466630	35270000	41744964	32553000	—
	75276715	120021584	156619111	160483482	—

Seit dem Jahre 1904 ist kein annähernd ungünstiges Resultat zu verzeichnen. Noch besser ist die Situation durch einen Vergleich der Auftragsbestände erkennbar. Am Quartalsende stellten sich die Auftragsbestände:

Ende	Monat	1904	1906
Ende März	1904	4136961	7000000
„ Juni	1904	3192277	7936884
„ September	1904	3027436	8489718
„ Dezember	1904	4696000	8043858
„ März	1905	5597560	7603878
„ Juni	1905	4829655	6425000
„ September	1905	5885000	4624553
„ Dezember	1905	7600000	3765343
„ März	1906	7018712	—

Die Deutsche Reichsbahn hat die lange erwartete Herabsetzung des Diskontsatzes am 27. April eintreten lassen. Der offizielle Geldfuß ist um 1/2 Prozent von 5 1/2 Prozent auf 5 Prozent ermäßigt worden, seit dem Herbst des Jahres 1906 war er stets höher als 5 Prozent, der niedrigste Satz im vorigen Jahre betrug 5 1/2 Prozent. Die Kreise, die von der Verbilligung des Leihgeldes eine schnelle und durchgreifende Belebung der industriellen Tätigkeit erwarten, dürften sich in ihren Hoffnungen enttäuscht sehen.

Die Lage des Eisengewerbes ist, wie die objektive Berichterstattung ziemlich übereinstimmend feststellt, in den letzten Wochen meist nicht noch schlechter geworden, aber für eine Besserung traten keinerlei Anzeichen hervor. Die Einzelberichte lauten trotzdem, die Zurückhaltung der Verbraucher dauert an, die Beschäftigung ist mangelhaft, die Stimmung gedrückt. Die Siegerländer Hüttenwerke arbeiten mit einer Produktionsbeschränkung von 50 Prozent, der Siegerländer Eisensteinverein hat daraufhin die Förderbeschränkung für das 2. Quartal auf 20 Prozent erhöht. Über die Beschäftigung im Maschinenbau lassen die vorliegenden Berichte erkennen, daß die großen und renommierten Unternehmungen am besten beschäftigt sind, während bei den mittleren und kleineren Fabriken die Aufträge schlecht eingehen und zum Teil fehlen. Lokomotiv- und Waggongabriken sind weiter gut beschäftigt. Der preussische Eisenbahnstaat hat — wie dies ja auch zu früheren Zeiten bei sinkender Konjunktur geschehen ist — in der letzten Woche des vergangenen Monats bei den fertigen Maschinenfabriken wieder Lokomotiven im Werte von rund 32 Millionen Mark in Bestellung gegeben, die Lieferzeit läuft bis zum 1. April 1909. Eine Diskussion in der Generalversammlung der Lokomotivfabriken von Krauss & Co. in München, lenkt wieder die Aufmerksamkeit darauf, daß die Gewinne der Aktiengesellschaften in den Reingewinnen und den erkennbaren Rückstellungen häufig genug nicht vollständig zum Ausdruck kommen. Auf einen Einwand eines Aktionärs bemerkte die Verwaltung der genannten Gesellschaft, daß der Besitz ein Zielgeschäft von dem Buchwert darstelle. Seit Jahren ist also ein erheblicher Teil des Gewinnes in „stille Reserve“ gestellt worden. Die Waggonfabrik Karslbad, A.-G., hatte in diesem Jahre einen Gesamtumsatz von 3,91 Millionen Mark gegen 2,66 Millionen Mark im Vorjahr. Nach Abschreibungen von 2000 M wird ein Reingewinn von rund 70000 M ausgewiesen, der sich gegen das Vorjahr glatt verdoppelt hat. Die Dividende beträgt wieder 5 Prozent auf das um 625000 M auf 1,20 Millionen Mark erhöhte Grundkapital. Die Verwaltung bemerkt, daß sich die Vervollständigung der Fabrikanlagen durch verzögerte Anlieferungen von Maschinen weiter als erwartet hinausgeschoben habe, infolgedessen konnte die Gesellschaft mehrfach nicht rechtzeitig liefern und ist deshalb in Verzugsstrafen verfallen. Außerdem sind infolge der erforderlichen Nacharbeit außergewöhnliche Ausgaben erwachsen.

Ein Fusionsprojekt im Maschinenbau wird in der Fachpresse mit außerordentlichem Interesse verfolgt. Der rheinische Großindustrielle August Thyssen ist mit der Maschinenfabrik Ehrhard & Sehmmer in Schleifmühle bei Saarbrücken in Verhandlungen getreten, um eine Vereinigung der Maschinenfabrik der Firma Thyssen & Co. in Mülheim a. d. Ruhr mit der genannten Firma herbeizuführen. Bisher ist eine Interessengemeinschaft geplant, der später die völlige Fusion folgen soll. Die Vereinigungen von Maschinenfabriken sind zahlreich, doch dem schwebenden Projekt wird mit Recht eine große Bedeutung beigelegt, weil hier der Konzentrationssproß in der Eisenindustrie den höchsten Grad erreicht. Thyssen beherrscht ein gewaltiges gemischtes Werk, sein Vorgehen, nun auch die Angliederung von großen Maschinenfabriken zu betreiben, kennzeichnet die Richtung, die der Produktionsproß in der Eisenindustrie in Zukunft einschlagen wird.

Die Begeisterung der Börse für Elektrizitätswerte, auf die wir in dem vorigen Bericht hinwiesen, hat weiter angehalten, die Kurse der Aktien der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft stiegen in kurzer Zeit um 20 Prozent, auch die Aktien anderer Elektrizitätsgesellschaften erzielten beträchtliche Kurssteigerungen. Die Hausse wurde gewissermaßen zu Ehren des 25jährigen Bestehens der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft inszeniert, die Spekulation ist recht kräftig künstlich angefaßt worden. Der Verwaltung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft wurde anheimgestellt, 15 Millionen Mark 4 1/2-prozentige Obligationen auszugeben; hieran knüpften sich Gerüchte über die verschiedensten Projekte, die die Gesellschaft angeblich durchführen will. In einer kürzlich abgehaltenen Aufsichtsratsitzung soll von der Direktion mitgeteilt worden sein, daß die Fakturierungen im laufenden Geschäftsjahr bisher wiederum höher als in dem Vorjahr gewesen sind. — Die Felten & Guilleaume-Lahmeyerwerke, A.-G., werden die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent gegen 11 Prozent im Vorjahr vorschlagen. Die Abschreibungen betragen 2426771 M gegen 2339431 M im Vorjahr. Der entfallene Ausfall ist nach Mitteilung aus Verwaltungskreisen dem vorjährigen Streik auf den Frankfurter Werken zuzuschreiben. Außerdem glaubte die Verwaltung, den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung tragen zu müssen. — Die Akkumulatorenfabrik Berlin-Hagen, A.-G., erzielte nach Abschreibungen von 759000 M (im Vorjahr 782000 M) einen Reingewinn von 1189069 M (im Vorjahr 1189283 M). Die Dividende beträgt wieder 12 1/2 Prozent. Über das neue Geschäftsjahr wird mitgeteilt, daß an fakturierten und noch nicht ausgeführten Aufträgen bis Ende März 575000 M mehr vorliegen als im Vorjahr. — Von Bergmann, Elektrizitätswerke in Berlin, wird nach Abschreibungen von 1,35 Millionen Mark ein Reingewinn von 2,76 Millionen Mark angegeben, die Dividende beträgt wieder 18 Prozent, und zwar auf das inzwischen um 4 Millionen Mark erhöhte Aktienkapital. In der Generalversammlung wurde berichtet, daß der Geschäftsgang im laufenden Jahre andauern gut ist, die Aufträge liegen in befriedigender Weise ein, gegen das Vorjahr sei wiederum ein bedeutender Fortschritt zu konstatieren. — Mirz & Genest, Telephon- und Telegraphenfabrik, bringen die Verteilung einer Dividende von 9 Prozent in Vorschlag. Der Gesamtgewinn beläuft sich auf 879666 M (im Vorjahr 867012 M), die Abschreibungen betragen 256307 M gegen 219043 M im Vorjahr. Die Verwaltung wird die Erhöhung des Grundkapitals bei der Generalversammlung beantragen. — Die Akkumulatoren und Elektrizitätswerte Böse erzielten nach Abschreibungen von 205318 M (im Vorjahr 169684 M) einen Reingewinn von 226071 M (im Vorjahr 217124 M). — Über die Beschäftigung in der Schiffbauindustrie gibt die vorjährige Zeitung folgende vergleichende Aufstellung. Es waren an Dampfern im Bau:

	in	31. Oktober 1907	31. Dezember 1907	31. März 1908
Deutschland	232000	251700	218000	
Frankreich	109800	107300	92200	
Japan	80800	78600	101600	
Italien	70400	46400	46300	
Holland	45700	43900	44500	
Normwegen	31200	35500	31200	
Schweden	3900	5700	6300	
Österreich-Ungarn	12700	12600	18000	

Am stärksten war der Rückgang des Beschäftigungsgrades in England, der höchste Stand war am 30. Juni 1906 erreicht, es befanden sich damals Schiffe mit 1409000 Tonnen im Bau. Alsdann vollzog sich die Abschwächung, die sehr stark seit dem 30. September 1907 zunahm, der Bestand am 31. März 1908 betrug nur noch 850000 Tonnen. Der Geschäftsbericht des Stettiner Vulkan läßt aber keine Beeinträchtigung der Ergebnisse des Unternehmens durch die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse erkennen. Auch für das Jahr 1907 gelangte wieder eine Dividende von 14 Prozent zur Verteilung. Nach Abschreibungen von 2673800 M gegen 2028531 M im Vorjahr verbleibt ein Reingewinn von 1778528 M gegen 1981875 M im Jahre 1906. Einer Verminderung des Reingewinns um 200000 M steht eine Erhöhung der Abschreibungen von 600000 M gegenüber. Diese Gesellschaft, die seit dem Jahre 1900 ununterbrochen 14 Prozent Dividende verteilt, hält es für angebracht, den obligaten Klageruf über die Belastung durch die soziale Gesetzgebung auszustößen. (Siehe Rundschau in Nr. 19, Seite 151.) Übertroffen wird das sozialpolitische Befehntnis des so rentablen Unternehmens nur noch durch die gleichen Unannehmlichkeiten eines Unternehmens in der chemischen Industrie, das seinen Aktionären für das Jahr 1907 eine Dividende von 56 Prozent gezahlt hat, dabei aber doch den Mut zu der „Feststellung“ fand, daß eine Erweiterung der sozialpolitischen Gesetzgebung die Rentabilität ihrer Werke ernstlich gefährde. Hoffentlich überträgt sich diese kapitalistische Bescheidenheit bald auf die Massen der Arbeiterschaft.

Singenbüchse... in Tischen und Wänden...

Es wurde aber auch der Organisationsgedanke lebendig...

Aber der Rahmen für die Ausdehnung der Arbeiter blieb noch weit genug...

Diese kapitalistischen Organisationen haben bereits Privatmonopole geschaffen...

Die dieses Syndikat in der Praxis macht, hat ein sozialdemokratisches Mitglied...

Das sind die Prozenpatrioten, die den Patriotismus, die Vaterlandsliebe gepachtet haben...

So ist die ehemalige wilde Warenkonkurrenz wesentlich eingeschränkt...

Leider ist aber nicht in jedem Maße auch die Konkurrenz der Arbeiter untereinander eingeschränkt worden...

Vonds als eine große nationale Arbeiterfamilie betrachtet...

Die Wünsche und das Unerfüllbare sind überall das; aber eine einseitige Fortentwicklung...

Vorgehend man sich noch die Massen der unorganisierten und daher unvollständigen Arbeiter...

Über Arbeitsordnungen und ihre Anwendung in Walz- und Hüttenwerken.

X. Auf dem „Vochumer Verein“ darf Kaffeewasser vor dem Beginn der Ruhezeit nicht geholt werden...

Arbeiterauschüsse sind auf vielen Werken vorgelesen, schon aus dem Grunde...

Das Haffinger Werk hat auch die ungeschickte Bestimmung im „Vertrag“...

Große Angst haben die Hüttenherren auch vor Lohnreklamationen...

Die Arbeiterauschüsse sind auf vielen Werken vorgelesen, schon aus dem Grunde...

„Wag“ meinte, daß es dem Herrn gefiele, das Signal zum Nachlassen zu geben...

Die Arbeiter aber werden sich wohl an die Statutbestimmung nicht fügen...

Die liberal auf Walzwerken bestehenden eigenen Fabriklassen zahlen meist für die ersten drei Krankentage kein Krankengeld...

Neben der gesetzlichen Krankenkasse haben die Hüttenwerke noch Nebenklassen...

Nach kommt in Betracht, daß die Hüttenwerke für Stiche und Krüppel immer noch ein dividendennehmendes...

Ein Mann patentiert, dadurch aus, daß die Bohrspindel der hohen Antiradse des Elektromotors...

Technische Rundschau.

(Fortsetzung von Waggonrädern. Hochdruck für Holzbearbeitungsmaschinen...

Das Gesetz von der Erhaltung der Energie scheint auch für das Arbeitsgebiet des Schmiedes seine Gültigkeit zu haben...

Es ist die ehemalige wilde Warenkonkurrenz wesentlich eingeschränkt und insofern sie mit schlechten Arbeitslöhnen...

Bei dem hier beschriebenen auch zum Schweißen von Panzerplatten benutzten...

geschwindigkeit, sondern darin, daß diese Stühle jetzt nachgestellt und gefächelt zu werden brauchen...

Mit der Verbesserung der Stühle geht auch die Ausbildung der Werkzeugmaschinen Hand in Hand...

Als Gegenmaß zu dieser Gefahr unter den Bohrmaschinen mag die kleine elektrisch betriebene Handbohrmaschine...

Ein drittes Merkmal ist auch das der Unfallverhütung. In der Arbeitsordnung wird darauf hingewiesen, daß die Arbeiter auf die Sicherheitsvorkehrungen sorgfältig zu achten und die Unfallverhütungsvorschriften beachten sollen, aber in der Praxis liegt die Sache eigentümlich. So ist es ein großes Miskverhältnis, wo zu gefährlichen Arbeiter, wo Frauen arbeiten, aber überall Leiden klagen. „Durchgang streng verboten“, aber das ist auch alles. Nichts wird getan, um die Durchführung der Vorschriften zu überwachen. Nach wie vor geht der ganze Arbeiterstrom über die gefährlichen Stellen, passiert aber ein Unglück, dann glaubt sich die Betriebsleitung durch Ausschlag der Warnungstafel vor dem Gesetz geschützt. Oft liegt die Sache noch viel schlimmer. Wie wir einmal auf einer Mühle einen Maschinisten auf das gefährliche des Schmierens einer schweren Gabelschraube während des Betriebes aufmerksam machten, trotzdem ein Schild an der Wand gebot, die Maschine vorher stillzusetzen, da meinte der Arbeiter: „Was soll ich machen! Jede Minute, die die Maschine stillsteht, muß ich ins Kontrollbuch anschreiben, und sind es einige Minuten, bekomme ich einen Rüssel; aber der Direktor kann selbst sehen, wenn ich die Maschine während dem Laufen schmiere, dann sagt er nichts, dreht sich um und geht durchs Fenster!“ — So ist es mit dem Kapitel der Unfallverhütung bestellt. Die Unternehmer suchen sich nur vor dem Gesetz zu bedenken, die Arbeiter sind ihnen feindlich. Die Folgen solcher Praxis sind grauenhaft hohe Unfallziffern in Mühlen- und Walzwerkebetrieben. Bei der wachsenden Arbeitshöhe sind eben Leute, die sorgfältig und daher langsamer zu Werke gehen, keine „klüglichen Arbeiter“. Auch stumpft die feste Bewegung in solchen gefährlichen Verhältnissen erfahrungsgemäß den Wachstumsinstinkt ab. Man denke nur an die Arbeit der „Brückenbauer“, die hoch in den Lüften Eisenkonstruktionen montieren, und die keinen Tag ihres Lebens sicher sind. Tausendfach wird kaum je ein Arbeiter, eine Brücke montiert, bei der nicht einige Arbeiter ihr Leben durch Abwurf einbüßen. Die profitablteste Arbeitshöhe ist schuld an der verheerendsten hohen Unfallziffer in Mühlenbetrieben!

Wir haben den Inhalt der Arbeitsordnungen der Walz- und Gießereien in der Vorlesung in seinen Hauptpunkten besprochen. Meist ist der Wortlaut der Verträge kurz, brutal und knapp, ohne Sentiments und schmälendes Wert. Ausnahmeweise begegnet man auch einmal, allerdings nicht gerade überzeugenden, lehrhaften Ausführungen. So meint die Leitung der G. e. m. a. n. t. a. h. u. t. e in Duisburg, daß es sowohl im Interesse der Arbeiter wie der Unternehmer liege, daß sämtliche Arbeiten, soweit technisch, in Accord ausgeführt würden. Derselben Meinung ist die Duisburger Maschinenbau- und Metallgesellschaft, die vornehmlich B. e. c. h. e. m. & R. e. c. t. m. a. n. n. Diese Firma meint in ihrem § 12 ihrer Arbeitsordnung auch recht richtig: „Da die Anzahl der Arbeitsstunden eine außerordentlich geringe ist (nach § 11 wöchentlich 60 Stunden außer Überarbeit), so liegt es im Interesse eines jeden Arbeiters, daß in den Arbeitsstunden anhaltend und fleißig gearbeitet wird.“ Sonderbar!

Wenn nun die Mühlenarbeiter zu einer freieren, der Neuzeit besser entsprechenden Verfassung des Arbeitsverhältnisses kommen wollen, so ist das einzige Mittel: Organisation! Organisation heißt der Zauberspruch, der Talsman, der Wunder vollbringt. Und je mächtiger, kraftvoller, finanziell gesicherter die Organisation ist, um so höher die Hoffnung auf eine kräftige Hilfe. Blickt man auch, ihr Puddler, Schweißler und Walzer, betrachtet eure Machthaber! Staat, Kommune, Unternehmer, alle Macht beruht auf Organisation. Die ganze Verwaltungsmafchine ist eine bis ins kleinste geordnete und funktionierende Organisation. Wenn ihr einmal versteht, auch bei einem Umzug neu anzukommen, bald ist der Schutzmann bei euch, um die „gestörte“ Organisation wieder in Ordnung zu bringen. Die Unternehmer haben alle ihre Verbände. Begreift doch jetzt, warum die Unternehmer die Organisation der Arbeiter so fürchten. Organisiert euch! Sammelt und zählt euch, Mühlenarbeiter! „Wenn sich die Mühlen zählen, dann ist unsere Macht vorüber“, sagten die Alten. Kohle und Eisen regieren die Welt, Berg- und Hüttenmann sollen aus ihrer geknechteten Stellung aufsteigen zum Sonnenlicht der Menschenwürde. Erhebt euch, kämpft um ein besseres Recht! Schließt euch der Organisation an, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Cartiverträge in der Elektrotechnik und im Maschinenbau.

dt. Im Arbeitsvertrag zwischen Unternehmer und Arbeiter der Großindustrie unterscheiden wir bekanntlich drei Entlohnungsmethoden: 1. das Lohnsystem, 2. das Akkordsystem, 3. das Prämien-system. Das letztgenannte ist zunächst vom Standpunkt des Arbeiters aus zu verwerfen. Auf die Schädlichkeit dieses Prämien-systems ist in unserer Zeitung wiederholt hingewiesen worden. Ferner wurde auf der vorletzten Generalversammlung unseres Verbandes (1905 in Leipzig) dazu Stellung genommen. Durch die Aussicht auf eine Prämie soll der Arbeiter dazu veranlaßt werden, kurzfristigen Raubbau mit seiner Arbeitskraft zu treiben. Derselben Charakter haben auch jene Abarten des Prämien-systems, die eine sogenannte G. e. w. i. n. n. b. e. t. e. i. l. u. n. g. in Aussicht stellen. In Wirklichkeit handelt es sich, abgesehen von einigen Experimenten wohlmeinender Philanthropen, fast immer um recht verhängnisvolle Wohltaten. Der Arbeiter soll durch eine Jahres-Gratifikation, die im Laufe des Jahres um ein Vielfaches aus seiner Arbeitskraft schon herausgeholt wurde, an die Scholle gefesselt, zur Zufriedenheit eingeschläfert werden. Man umhüllt das nackte Ausbeutungsgeschäft und Selbstzweckinteresse mit einem menschenfreundlichen schmerzlichen Mantel.

Was die Arbeit nach Stundenlohn anbelangt, das Lohnsystem, so ist es gegenüber der Akkordarbeit für den Großbetrieb von Unternehmer- und Arbeitersseite als unvorteilhaft anerkannt worden. Der Unternehmer zahlt die Akkordarbeit der Lohnarbeit deshalb vor, weil er speziell bei Massenfabrikation durch festgelegte Akkordtabellen eine gleichbleibende Unterlage seiner Kalkulationsberechnungen erhält, und der Arbeiter sieht sich durch ein gesundes Akkordsystem eine größere Selbstständigkeit in der Arbeit und einen seinen Leistungen entsprechenden Verdienst. Vom Unternehmer wird auch viel eher das lästige Aufseheramt eingeschränkt, wenn alle Arbeiter eines Saales in gewissem Sinne ihre eigenen Aufseher sind, das heißt einen bestimmten Entlohnungsbeitrag für eine bestimmte Arbeit festgelegt haben. Der Satz: Akkordarbeit ist Mordarbeit trifft auch dann nicht zu, wenn zahllosen Arbeiter und Unternehmer ein gesundes Kräfteverhältnis besteht, wenn die Macht der Arbeiterorganisation annehmbare Akkordsätze zu erlangen und zu halten weiß.

Wenden wir uns nun der Frage zu, ob in der Großindustrie, in der Elektrotechnik und im Maschinenbau tarifvertragliche Vereinbarungen möglich sind. Diese Frage wäre nur zu bejahen bei der Aufstellung von Lohnstabellen. Ueberall dort, wo Lohnarbeit sich nicht umgehen läßt, wo bei Akkordarbeit Minimallohnsätze gewährleistet werden müssen, kann man für die verschiedenen Kategorien einheitliche Stundenlöhne vereinbaren. Das durchzuführen, ist in vielen Fällen schon gelungen. Man wird jedoch in der Elektrotechnik oder im Maschinenbau niemals zu derartigen einheitlichen Akkordpositionen gelangen, wie es im Maurergewerbe, in der Konfektionsbranche u. s. w. möglich gewesen ist. Betrachten wir überhaupt die Tarifentwicklung in den verschiedenen Gewerben, so finden wir, daß sich in solchen Produktionsgebieten Tarifverträge am leichtesten einbürgern, wo einfache Arbeitsmethoden und einfache Arbeitsmittel vorherrschend sind. So hochstehend die Arbeit des Schriftsetzers auch ist, überall im Norden wie im Süden von Deutschland gilt dieselbe Arbeitsweise, werden dieselben Werkzeuge benutzt und ist dieselbe Art der Arbeitsleistung eingeföhrt. Ähnlich liegt es auch in den anderen Industrien, Baugewerbe, Bekleidungsindustrie u. s. w. Deshalb wird die Tarifentwicklung in der Elektrotechnik und im Maschinenbau immer in bescheidenen Grenzen stehen bleiben, weil hier eine totale Verschiedenheit und ungeheure Mannigfaltigkeit der Fabrikation vorhanden ist.

Im Jahrbuch des Bundes der technisch-industriellen Beamten hat man eine Tabelle für alle die Spezialzweige, die sich in der Elektrotechnik und im Maschinenbau jetzt gebildet haben, zusammengestellt. Wir lassen diese Zusammenstellung folgen, weil sie ein sehr interessantes Bild von der Arbeitsleistung gibt, die hier notwendig wurde.

Elektrotechnik.

I. Starkstromtechnik. Maschinen: Dynamos, Motoren, Transformator. Apparate: Anlasser, Regulatoren, Automaten, Schalttafeln u. Installationsmaterial: Schalter, Sicherungen, Isoliermaterialien, Freileitungen u. Kabel. Instrumente: Meßinstrumente.

II. Schwachstromtechnik. Elektromedizin und Röntgentechnik, Telegraphie, Telephonie, Kontroll- und Signalanlagen, Instrumente.

Maschinenbau.

I. Kraftmaschinen. Dampfmaschinen, Gasmaschinen, Wasserkraftmaschinen, Wind- und sonstige Elementarkraftmaschinen.

II. Maschinen für Transportwesen. Verkehrs-transportwesen: Eisenbahnen, Stadtbahnen, Altbahnen, Straßen- und Kanalbau, Automobil- und Fuhrwerke, Schiffe und Schiffahrt, Aeronautik. Internes Industrie-transportwesen: a) für feste Stoffe: Förder- und sonstige Verwerksförderungen, Verlade- und Umladeeinrichtungen, Kohlenkipper, Debrugege; b) für Flüssigkeiten: Pumpen, Pulsmeter, Wäbber, Wasserhaltungen, Wasserwerke u. c) für Gase: Kompressoren, Gebläse, Ventilatoren.

III. Arbeitsmaschinenwesen. Landwirtschaft: Maschinen für Bodenbearbeitung, Produktbearbeitung, Erntemaschinen. Bergbau: Steinbruchbetriebe, Bergwerke. Metall- und Maschinenindustrie: Metallurgie, Metallverarbeitung.

Mechanische Technologie: Textilindustrie, Papierindustrie, Graphisches Gewerbe, Mühlen, Baugeschäfte, Städtetehygiene, Heizung und Lüftung, Kälteerzeugung.

Chemische Technologie: Zuckerfabrikation, Brenneret, Brauerei, Farbstoffe, Seife, keramische Industrie. Kriegstechnik: Geschütze, Geschosfabrikation, Handfeuerwaffen.

Wollte man an die Arbeit gehen, für alle hier vorkommenden Akkordarbeiten die Akkordpositionen festzulegen, so würde ein solcher Entwurf nicht nur einen ungeheuren Umfang annehmen, sondern die technische Durchführung einfach eine Unmöglichkeit werden. Wir stoßen selbst bei Fabrikanten für den gleichen Verwendungszweck und die gleiche Leistungsfähigkeit in jeder Fabrik auf eine andere Ausführung. In der Elektrotechnik hat man, um der Anarchie auf dem Gebiet der Produktion entgegenzuarbeiten, Normalen ausgearbeitet, einheitliche Konstruktionsvorschriften, die unter dem Namen: Sicherheitsvorschriften und Normalien des Verbandes Deutscher Elektrotechniker in der Technik bekannt sind. Trotzdem bleibt noch eine große Verschiedenheit der Ausführungen bestehen, es liegt ja gerade im Wesen des Konkurrenzkampfes, immer neue konstruktive Neuerungen auf den Markt zu bringen. Weiter haben wir eine große Verschiedenheit der Herstellungsmethoden. Ein Arbeitsgegenstand wird in einer Fabrik mit ganz anderen Werkzeugen und Maschinen bearbeitet als in der anderen. Der scharfe Wettbewerb, der auch in dieser Beziehung zum Ausdruck kommt, schafft stetig wechselnde Formen im Arbeitsvorgang. So geben wir dann auch bei der Betrachtung der bestehenden Umstände bald die Hoffnung auf, durch festgelegte Akkordsätze hier Regel und Ordnung in die Produktion zu bringen. In Ingenieurhandbüchern findet man oft derartige Berechnungen. Da werden zum Beispiel die Löhne für das Drehen von Achsen nach dem Härtegrad des Materials, dem Durchmesser und der Länge der Wellen berechnet. Aber diese Resultate sind recht oberflächliche Schätzungen, für die Praxis bedeuten solche künstliche graue Theorien und haben wenig Wert.

Wir sehen also, daß sich brauchbare Akkordpositionen nicht einheitlich regeln lassen, sondern von Fall zu Fall abgeschätzt werden müssen. Ein sachgemäßes Kalkulieren ist überhaupt ein Schönges. Der Kalkulator, der den Auftrag hat, über eine Arbeit in allen Einzelheiten eine Kalkulation aufzustellen, wird die Preise machen, indem er die neue Arbeit mit möglichst ähnlichen Arbeiten, die bereits früher ausgeführt wurden, vergleicht. Deshalb muß ein tüchtiger Kalkulator einen gut ausgebildeten Schätzungsinstinkt haben, gute praktische Erfahrungen, einen klaren Blick für alle die Begleitumstände haben, die während des Verlaufes der Arbeit entstehen können. Daran fehlt es leider sehr häufig bei den Meistern. Es werden Akkorde von ihnen gemacht, die weder Hand noch Fuß haben. Die Ungerechtigkeiten und die Unregelmäßigkeiten, die unter solchen Verhältnissen entstehen, lassen sich nur aus der Welt schaffen, wenn die Arbeiter selbst stark genug dazu sind, hier ein Wort mitzureden. Der Unternehmer wird immer jenseits Meißner bestehen, wenn es für ihn von Vorteil ist. Die einzig richtige Lösung in Streitfällen ist das Eingreifen der Arbeiterausschüsse. Hier liegt eine der wichtigsten Aufgaben der rechtmäßig gewählten Arbeitervertreter in der Fabrik. Allerdings sind Arbeiterausschüsse im Laufe der Zeit bei uns etwas in Mißkredit gekommen. In den meisten Fällen hat sich das sogenannte konstitutionelle Fabrikssystem als eine Scheinkonstitution erwiesen. Der Unternehmer fand Mittel und Wege, die unzuverlässigsten Elemente seiner Arbeiterschaft als sogenannte Arbeitervertreter zu langieren, um sie dann als willfährige Strohmänner zu benützen. Trotzdem dürfen uns solche schlechten Erfahrungen nicht davon abhalten, für eine brauchbare Besetzung der Arbeiterausschüsse Sorge zu tragen und dort, wo noch keine Arbeiterausschüsse vorhanden sind, für deren Errichtung zu sorgen. Können wir auch in der Elektrotechnik und im Maschinenbau nicht daran denken, ein ausgebildetes Tarifsystem einzuführen, so ist es unsere Aufgabe, durch zähe Kleinarbeit in jeder Fabrik die Macht der Organisation zu stärken, um an der Festlegung von Akkorden entscheidend mitzuwirken.

Noch ist es Tag, da rühre sich der Mann, Die Nacht tritt ein, wo niemand wirken kann. Goethe.

Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der Bourgeoisieklasse verwaltert. Kommunisches Manifest.

während der Support in eigenartiger Weise geführt und gesteuert wird. Als eine Art Universalmaschine soll das „Autorator“ genannte Werkzeug, das von der Autorator, G. m. b. H., in Dresden, betrieben wird, dienen. Es soll automatisch Zapfen anfräsen, Löcher bohren, Gewinde schneiden und zentrieren können. Der Autorator besteht aus einem Gehäuse, welches in seinem unteren Teile zu einem Spannfutter ausgeführt ist, während der andere zur Führung des Messerschneides dient. In dem Messerschneide befinden sich verschiedene angeordnete Messer, welche nach einer Stala auf die einzelnen Zapfendurchmesser einstellbar sind. Das Gehäuse wird in einen Schraubstock eingespannt oder an einer Werkbank durch Schrauben befestigt. Die Messer werden durch Drehen einer Kurbel in Rotation versetzt. Der Vor- schub geschieht automatisch. Bei Verändern zum Bohren wird der Apparat an einen Bohrwinkel angepaßt. Der Bohrer wird von einer in den Messerhalter eingespannten, Pinole aufgenommen. In diese Pinole werden, wenn der Apparat zum Zentrieren dienen soll, Zentrierwerkzeuge, beim Gewindeschneiden Schnellreißentzahn eingeleitet beziehungsweise aufgeschoben.

Einem gewissen Fortschritt für größere Bohrmaschinen bedeutet auch eine bei der Bohrmaschine von Davidson ausgeführte Neuerung. Bei den gewöhnlichen Maschinen muß zum Ausmessen des Werkzeugs die Maschine stillgesetzt werden. Bei dieser Maschine kann das Ausmessen des Stabes ohne Abstellen erfolgen. Im Inneren der Spannhülse sind mehrere Klemmbacken gelagert, die durch den Widerstand des Bohrers selbstständig festgezogen werden. Zu den Maschinen, bei denen sich der hydraulische Antrieb dem elektrischen gegenüber noch freier behauptet, gehören in erster Linie die Pressen. So wird zum Beispiel eine Schmiech- presse, die in den Werkstätten der Pennsylvania-Bahn aufgestellt ist, mit Druckwasser von 100 Atmosphären Ueberdruck betrieben. Sie besteht aus einem festrechten und einem waagrechten Schmiedetisch je mit 200 Tonnen, zwei seitlichen Kolben zum Halten je mit 150 Tonnen und einem festrecht aufwärts wirkenden Kolben zum Abdrücken mit 50 Tonnen Druck. Diese Presse kann Schmiedestücke bis 500 Millimeter Länge bearbeiten. Eine praktische Neuerung ist bei einer Fräs- und Schmelz- Maschine der Marconiwerke in Philadelphia durchgeführt. Um dem Werkstück eine sichere Lagerung zu geben, ist die Ebene des Querschnitts nicht festrecht, sondern nach vorne geneigt. Diese Maschine zeichnet sich auch durch ihre große Leistungsfähigkeit aus. Die waagrechte Fräse- spindle hat 165 Millimeter Durchmesser. Die Maschine kann Späne

von 24 Millimeter Breite und 14,3 Millimeter Dide bei einer Geschwindigkeit von 0,229 Meter in der Minute nehmen. Zum Antrieb der Spindel dient unter Vermittlung eines Schneckenworgelegtes ein 5pferdiger Elektromotor. Die Elektrizität wird bei Werkzeugmaschinen manchmal nicht nur als Energiequelle für den Antriebsmotor, sondern auch zu anderen Zwecken benützt. Es ist zum Beispiel bekannt, daß ein Eisen, um das eine vom Strom durchflossene Drahtspule gelegt ist, magnetisch wird, andere Eisenstücke anzieht und festhält. Wird der Strom ausgeschaltet, so verliert dieser „Elektromagnet“ seinen Magnetismus und läßt das Eisenstück fallen. Durch ein ähnliches Patent wird nun ein Revolverkopf geschützt, der mit einem solchen Elektromagneten ausgerüstet ist. Dieser Elektromagnet zieht das Werkstück an und hält es so lange fest, bis die mechanische Festhaltevorrichtung in Tätigkeit tritt. Wenn das Werkstück in das Bademaßmal eingeföhrt wird, wird durch einen Schalter der Elektromagnet eingeschaltet und das Werkstück „magnetisch“ festgehalten. Sobald das Bademaßmal sich öffnet, um das Werkstück fallen zu lassen, wird auch der Elektromagnet Stromlos.

Eine andere interessante Benutzung der Elektrizität in der Werkstatt ist die von Coleman vorgeschlagene Reinigung von Arbeitsstücken auf elektrolytischen Wege. Die Werkstücke werden in eine Lösung von Natrium in einem eisernen Vottich eingehängt. Schaltet man nun, ähnlich wie bei einer galvanischen Anlage, einen elektrischen Strom durch diese Anordnung in verschiedener Richtung, so wird nach kurzer Zeit das Werkstück rein und glänzend. Das Prinzip des Elektromagneten ist auch von der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-AG. bei der Konstruktion einer elektromagnetischen Friktionskupplung benützt worden. Die Kupplung dient dazu, Wellenleitungen miteinander zu koppeln, ferner zum direkten Antriebe von Walzenstrahlen und dergleichen mehr. Sie besteht aus zwei Teilen: einem Magnetskörper, der fest auf dem einen Wellenende montiert ist, und einem Anker, der auf dem anderen verschiebbar angeordnet ist. Im Inneren des Magnetskörpers ist eine Magnetspule angeordnet, durch welche ein elektrischer Strom geschickt werden kann. Im Augenblicke des Stromschlusses ziehen sich der magnetisch gewordene Magnetskörper und der Anker mit großer Kraft an, ohne sich zu berühren. Die Annäherung des getriebenen Teiles erfolgt vielmehr durch den Reibungswiderstand, der durch den magnetischen Zug zwischen Reibungen erzeugt wird. Diese Reibringe sind einerseits mit dem Magnetskörper, andererseits mit dem Anker fest verbunden. Wird der Strom unterbrochen, so

hört die Wirkung des Magnetismus sofort auf und die Wellen werden entkuppelt. Der Hauptvorteil der Kupplung besteht neben dem höchsten Ein- und Ausrücken darin, daß man mit Hilfe von Druckknöpfen oder Schaltern den Strom aus beliebig Entfernung und so auch die Kupplung herstellen oder lösen kann. Von derselben Firma wird auch ein K. i. e. m. e. n. r. ü. d. e. r. hergestellt, der mit Rücksicht auf Betriebsunfälle sehr zweckentsprechend konstruiert ist. Der Riemenrüder besteht aus einer den Riemen umfassenen Nabe mit rechteckiger Öffnung. Diese ist in einem kreisförmigen Ring drehbar gelagert und kann sich infolgedessen jeder Lage des Riemen anpassen. Dieser Ring wird durch zwei Führungsröhren gehalten, welche sich wieder in einem eine Parallellführung bildenden Rahmen verheben lassen. Dieser Rahmen ist auf einer nach dem Arbeitsstande führenden drehbar gelagerten Stange befestigt. Auf dieser Stange ist der Sandgriff angebracht, durch welchen der Riemenrüder betätigt wird. Der Riemen kann daher auch vom Arbeitsstand aus auch während des Ganges der Maschine durch eine Drehung des Sandgriffes sich umgeschaltet werden. Neben den Riemen gehören die Ketten zu den wichtigsten Kraftübertragungsmitteln. Die von Renold in Manchester ausgeübete „silent chain“, das heißt: geräuschlose Kette, besitzt gegenüber den meisten Ketten eine Reihe von Vorzügen. Diese geräuschlose Kette erlaubt noch Kettengeschwindigkeiten bis 110 Meter pro Minute gegenüber von nur circa 160 Metern bei Ketten. Einer der Hauptvorteile der Renoldkette ist die Tatsache, daß der Eingriff auch dann ungehindert ist, wenn die Kette sich schon stark gedehnt hat. Dies wird dadurch erzielt, daß die Eingriffszahnen der Kettenlieder geneigt sind. Wenn durch eine Drehung der Kette die Teilung größer wird, so wandern die geneigten Kettenlieder an den Zahnflächen hinauf, wodurch der Eingriff bewahrt wird. Ferner werden bei der Renoldkette gehärtete und genau eingehaltene Lagerbüchsen für den Kettenbolzen verwendet, wodurch die gleitende Reibung der Kettenlenker vermindert wird. Bei einer anderen modernen Kette, der W. o. r. s. e. t. t. e., wird die gleitende Reibung der Kettenzapfen durch eine rollende Reibung von Schneiden ersetzt. Dadurch erhält die Kettenübertragung einen sehr günstigen Wirkungsgrad. Durch die Verwendung von Schneiden kann auch eine ausreichende Schmierung ohne „Tropfen“ erzielt werden. S. H.

Streifzüge durch die amerikanische Großtextilindustrie.

Von Chagrin.

IV.

Bei der Arbeit in den Werkstätten stehen die amerikanischen und die fremden Arbeiter, obwohl durch Sprache und Gefühle getrennt, immerhin noch Schulter an Schulter. Über auch das vor sich weist mit dem Ausbruch des ersten Weltkrieges. Die einen strecken hinaus, fort von Rauch und Weißer, die anderen bleiben in der Werkstatt sitzen. Beide Kategorien haben durch diese Wahl ihrer Wohnplätze Vorteile oder es scheint wenigstens so. Wie manche unserer amerikanischen Kollegen sind Hausbesitzer. Sie lassen sich etwas in Westpreußen nicht unversucht. Aber die Süßigkeit des Wortes: Home, sweet Home (Heimat, süße Heimat) wird nehmlich verlassen durch die darauf lastende Hypothek. Das Budget in Pigmentform mit Währungs hat irgend ein Bankpaktant in der Hand. Die Anzahlungssumme hat der Arbeiter mit Ach und Krach zusammengehungen, schließlich noch recht und links dazu geborgt. Die Vermögenslosigkeit seiner Patschaft hieß ihn ein billiges, stundenweit vom Zentrum abgelegenes Haus wählen. Er mußte nun allerdings jeden Tag 10 oder auch 20 Cent für die Straßenbahn ausgeben, morgens und abends eine Stunde für den Weg aufopfern. Aber was machte das? Er trat doch in die Klasse der Hausbesitzer. Er hatte zwar noch keinen Kollentragender wie Field und Carnegie. Aber beide hatten ja auch kein Geld. Und ebenso hatte das Kaufhaus der anderen Millionen Wittiburgs zuerst mit Proletariatsaugen gesehen. Neben der Förderung der Hausbesitzerstille konnte er auch den Fertigungswunsch seiner Braut nach einem eigenen Heim erfüllen. Die Nichterfüllung hätte unter Umständen ein für das Girl (Mädchen) unübersteigbares Hindernis vor die Türe des Standesamtes geworfen. Der Gehalt der Abschlagstermine gelten nun seine Wästen. Diese Termine sind liberal, besonders für den Bankpaktanten. Die Mühseligkeit, einmal sich des hypothekensicheren Besitzes des Hauses zu erfreuen, liegt in der Vogelperspektive vor ihm. Sie allein schon bildet einen harten Ansporn zum Sparen und zum Fleiß bei der Arbeit; sie gibt seinen Gedanken und Neben einen unproletarischen, man möchte sagen kapitalistischen Stich. Er beginnt sich als Bestehender zu fühlen. Mit stolzer Miene steht er auf die bestlistlosen Proleten, die Fremden.

Unter den Fremden sind nun tatsächlich wenig oder gar keine Förderer der Hausbesitzerstille zu finden. Die Niedrigkeit ihres Einkommens läßt den Drang nach einem eigenen Heim nicht aufkommen. „Die Rederei von den hohen Löhnen, von den von Goldstücken plätschenden Stülmpfen und Bankkontos der Eingewanderten ist e halbe Lug.“ sagte uns ein alter Schweizer. „Siebenundzwanzig Jahre schaffe ich nun in diesen Drechtholen, hab' selten gefehlt, nie getrunken und trotz alledem keinen Rappen sparen können. Wie gerne hätte ich wieder den Weissenstein“ gesehen. Zum Überkommen hat's gelangt, aber zum Hinübergehen nie.“

Die eingewanderten Arbeiter bleiben in der schmutzigen Umgebung der Fabriken. Den Rauch und die Lösschen schlucken sie mit stolischer Gleichgültigkeit. Sie wohnen bei einem verheirateten Landsmann, der eine bessere Wohnung oder ein ganzes Haus gemietet hat. Dessen Frau kocht, wäscht, sorgt für alle. Die Nähe der Fabrik garantiert dem einen Logisfeste und dem anderen erspart sie Ausgaben für die Straßenbahn. Der lebige Mann könnte abseits vielleicht besser und relativ auch nicht teuer leben. Aber für diese Besserung verliert er Sprachgenossenschaft, Ordnung, Mitgefühl, Spielarten und die Ziehharmonika, mit der er die Blödigkeit des blauen Sonntags überwindet.

Die Pantees können nicht genug die Nase rümpfen über die schmutzig-düsternen Wohnungen und das Herdenleben der „Huns“. Weibes wird aber durch Verhältnisse beengt, die zu ändern die Fremden machtlos sind. In Reinigungsarbeit lassen es ihre Logiswiktinnen wahrhaftig nicht fehlen. Sie können darin ihren amerikanischen Kolleginnen als Muster dienen. Aber ihr steter Kampf mit Wesen und Seife erweist sich machtlos gegen den mit elementaren Kräfte verbreiteten Fabrikstaub. Allgemein gesprochen sind die Behausungen der fremden Proletarier des pennsylvanischen Eisenstrisches besser als ihr Ruf. Das gleiche gilt von denen der Kohlearbeiter der Umgebung. Wir haben drüben, in Belgien, Deutschland, Frankreich und Österreich schlechtere gesehen. Auch haben die fremden Proletarier in ihren düsternen Behausungen immer noch eine gemütlichere Hauslichkeit als die amerikanischen Arbeiter, die Pseudohausbesitzer, in ihren aufgezogenen Homes. Diese mit ihrem Drum und Dran können uns nun nicht recht gefallen. Die in ihnen herrschende Steifigkeit und der Mangel an gemütlicher Ruhe und Hauslichkeit, die nur übertrommen werden von der heuchlerischen Frömmigkeit und dem Spieren der „Ladies“, lassen uns die amerikanischen Kollegen nicht beneiden.

Nach einer sonntäglichen Feje von zehn Stunden in der von Rauch und Gas geschwängerten Fabrik ist daheim bei den amerikanischen Kollegen nicht die beruhigende, stille Gemütlichkeit zu finden, die so dringend nötig ist. Die Hausfrau zeigt auch keinen Eifer, diesen Mangel zu beseitigen. Aus den düsternen Stuben der „Huns“ strömt mehr häusliche Behaglichkeit als aus den feinsten, jahhionabel aufgezogenen Parlors der Amerikaner. Wenn wir den Ladies unserer Kollegen erzählten, daß die deutschen Frauen vielfach auch mit auf Verdienst ausgehen, um ihres Mannes Würde zu erleichtern, und daß sie ihm auch gar die Schuhe wischen, da waren sie zuweilen sprachlos. So was fehlte ihnen noch. Sie seien freie Amerikanerinnen, aber keine Sklavinnen.

Die letzten Worte hörten wir manchmal von den Damen eines bekannten Glasarbeiters. Dieses angehöhlte, alte Männchen (er hatte gut vierzig Jahre) flachte morgens um sechs von dannen. Er war gezwungen, aufstehen eines Morgens aus dem Whisky nicht rot in einer Kueipe zu stehen, weil keine von seinen drei Ladies — Frau und zwei stützliche Töchter — aufstehen und Kaffee zu machen geduldet. Ja der Mittagstisch verschlang er dann für fünf oder zehn Cents einen Lunch (zweites Frühstück) in einem nahegelegenen Saloon. Er wartete auf das Abendbrot, die Hauptmahlzeit, die er daheim mit seinen Ladies einnahm. Oft auch nicht. Denn die Damen besuchten auch Promenaden zu machen und geruhten auswärts in Restaurants zu speisen. Die Gesamtheit hatte der Hausherr mit der für seine Frauen zu schweren Arbeit auszufüllen, wie: Heranziehen, Reparaturläden und dergleichen. So etwas durfte er ihnen nicht zu maßen. Es würde ihm auch schlecht bekommen sein. Nur die so sehr verachtete Stiefelputerei — die Stiefelwischer nehmen im freien America, wo alle Arbeit gleich gemacht sein soll, eine sehr verachtete Stellung ein — ließ er auch sein. Jeden Abend trat er vier Paar Schuhe im Stücken zum Stiefelwischer und beforgte dabei die Strafen. Welche wurde natürlich alle ansichts gewaschen. Für die großen Fleckenmacher wurde eine Negier engagiert. Seine Ladies tanzten sich das Leben. Er hatte seit vielen Jahren jähndig über 30 Dollar pro Woche verdient, das aufgabmäßig seiner Bewältigung einzuge Beschäftigung zu sein hieß. Er nahm ihnen das auch nicht jedochlich kam es oder durfte es wahrscheinlich nicht. Bei den Beziehungen über die Pflichten des Mannes und die Rechte der

Frauen kam er nicht zu einer Antwort. Er machte und räumte am Samstag abends auf die drei „Behn-Dollar-Süßer“ seiner Frauen ihmmunselnd aufmerksam, die sie sich gerade von seinem ganzen Wochenlohn gekauft hatten und womit sie nun eine „Drei-Dollar-Wortstellung“ besuchen wollten.

Eine so triffe Häußlichkeit hatten nun unsere Kollegen vom Schraubloch und Formkasten nicht, und sie waren auch nicht so bodenlos gütig wie unser Glasarbeiter. Aber von viel besseren Umständen konnte auch bei ihnen nicht die Rede sein. Ihren Fleiß als Hausarbeiter und Einkäufer konnten wir oft bewundern. Welche zu waschen galt auch ihren Frauen nicht ladylike (für Damen geeignet). Die blauen Überleihen ließen sie gleich in der Gasse der Wäscherei. Sie mit ihrem Hühner und ihren Frauen zu geben, dachte ihnen eine Entweihung der Weiblichkeit. Auch ihre Frauen gehen die Bekläue von fremden Zealitächen und satigen Senfationseigenschaften und Promenaden der Hausarbeit vor. Ihnen den Unterschied zwischen Hausarbeit und Sklavensarbeit behaupten, hält oft schwer.

Es ist einleuchtend, daß eine Wirtschaft so einer up-to-date-girl („der Neuzeit entsprechenden“) Dame der häuslichen Hege nicht viele bligt. Und obendrein ist sie sehr teuer. Sie verschlingt auch den relativ hohen Lohn des (gelernten) Arbeiters. Die letzten Tage der Lohnperiode geht mancher Kamerad, daß er sharp in money (schwach bei Kasse) sei. Um diesem üblen Zustand der Kasse abzuhelfen, wird zu Überstunden gegriffen. Und sei es auch nur, um der Lady eine neue Kaprije oder den Wunsch nach dem modernen „Sch-Dollar-Hut“ zu erfüllen.

Bei Arbeitern mit geringeren Einkommen oder größerer Familie müssen die Frauen fleißiger sein. Die Töchter müssen, ob sie wollen oder nicht, mit zum Verarbeiten ausgehen, da sie sich sonst nicht als up-to-date-girls kleiden können. Ihre paar Dollar Lohn gehen natürlich auf für den Pub. Der Vater ist froh, daß seine Last ein wenig leichter geworden ist. Andererseits wächst aber auch die Dreifügigkeit und „Autorität“ des Mädchens. Es spricht im Rate der Familie ein gewichtiges Wort. Ihm zu widersprechen wird — sei es aus Affenliebe oder Fehlsicht — nicht gewagt. Es hätte auch nicht viel Zweck. Denn die Töchterchen haben über ihre Freiheit und Rechte eigene Begriffe, auf denen sie den Vätern gegenüber ganz energisch bestehen.

Mit dem Aufsteigen erhält das Mädchen das Privileg des Daheimbleibens, denn für die verheiratete Frau der amerikani schen Kollegen gilt die Lohnarbeit als eine Schande. Das wäre ja den Frauen zu gönnen, wenn es nicht auf Kosten des Mannes geschähe und wenn sie daheim das Haus angenehmer machen würden. Aber mit diesem Privileg erhält sie auch das Privileg der größeren Freiheit, das Privileg des häuslichen Mühsiganges wird unter Umständen durch passiven oder aktiven Widerstand errungen. Die Frau macht dem Mann das Abendbrot — man trifft hier auch zuweilen eine Arbeiter-Lady, die eine ehbare Mahlzeit machen kann —, wenn es hoch geht, auch morgens den Kaffee und füllt ihm seinen Blechföhr mit Kaffee und dem, was vom Abendessen übrig ist. Der Inhalt des Blechföhrs — dieser übrigens ein ganz praktisches Geschirz, zweifeltig, oben für feste Speisen, unten für Flüssigkeiten — bildet die Nahrung für den ganzen Tag. Mittags heimzugehen ist wegen der großen Entfernungen unmöglich, und die Mittagszeit, meist 20 Minuten, ist zu kurz. Wer nichts zu essen mitbringt, stürzt mittags in einen der nahegelegenen Lunchrooms (Frühstückslokale) und verschlingt für fünf oder zehn Cents eine aus fragwürdigen Resten bestehende Mahlzeit. Diese noch kauend, stürzt er im Trab wieder zurück in die Werkstatt. Denn 20 Minuten sind kurz. Viele unserer Kameraden nehmen morgens anstatt des Kaffees einen Whisky. Frühstück ist in den Speisehäusern zu so früher Stunde noch nicht zu erhalten. Das Kaffeemachen sei für die Frau zu umständlich, sagten sie. Dies, obwohl das Kochen und Heizen durch die überall vorhandene (Natur-)Wasserheizung die denkbar geringste Mühe kostet. Daß es für alle oben genannten Fälle auch goldene Ausnahmen gibt, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

Das Wort: Jede Mahlzeit ein Fest, kennt unser amerikani scher Kollege nicht. Die schwere Schuferei, der ungläubliche, lungenvergiftende Rauch und das ständige kalte Essen, das der Ernährung viel weniger förderlich ist als das warme, machen es begreiflich, warum die Greise in Amerika so jung, oder die Jünglinge so bald Greise sind. Was uns schon in New York auffiel, trat in Pittsburg noch trasser zutage: das Fehlen der älteren oder alten Arbeiter in den Werkstätten. Man sieht ja da und dort einen Kameraden, den deutsche Augen hoch in den sechziger Jahren stehen sehen. Schließlich stellt sich heraus, daß er knapp fünfzig Jahre zählt. Wo hier die alten Arbeiter hinkommen, ist mir bis heute noch ein nur erst halb gelöstes Rätsel. (Schluß folgt.)

Das verpreußte Vereinsrecht.

Es gibt kaum ein drastischeres Beispiel dafür, wie reaktionär Preußens Einfluß im Deutschen Reich sich Geltung schafft, als das vom Reichstag jüngst verabschiedete Reichsvereinsgesetz, das unter Mitwirkung der liberalen Parteien zustande kam. Das Vereins- und Versammlungsrecht entbehrte bis vor wenigen Monaten der reichsgesetzlichen Regelung, obwohl die Reichsverfassung in ihrem Artikel 4, Abs. 16 auf diese Materie Befehl lagte. Trotz dieser unzweifelhaften Kompetenzklärung des Reichs jubten einzelne Bundesstaaten fort, an ihren Vereinsgesetzen herumzubastern, selbst nach der durch Reichsgesetz von 1899 erfolgten Aufhebung der Verbindungsverbote. Die einzelstaatlichen Vereinsgesetze, meist aus der Zeit von 1849 bis 1860 stammend, waren sehr verschiedenartig; kaum zwei von den verschiedenen in Deutschland geltenden Vereinsgesetzen stimmten auch nur in ihrer rechtlichen Tragweite überein. Was in dem einen Bundesstaat verboten war, wurde in dem anderen erlaubt, dafür aber wieder etwas anderes verboten. Nur Baden, Hessen und Württemberg erstreuten sich eines einigermaßen liberalen Rechtszustandes, während neben Mecklenburg, Braunschweig und Sachsen der große Rechtsstaat Preußen die einschneidendsten Bestimmungen gegen die Vereins- und Versammlungsfreiheit aufwies. Hier herrschte noch der reaktionäre Geist, der den Frauen die Teilnahme an politischen Vereinen verbot und überdies die Lehrlinge und Schüler auch noch aus politischen Versammlungen ausschloß. Hier galten auch die schikanösen Bestimmungen über die Einreichung der Mitgliederverzeichnisse, die die Mitglieder unlieblicher Vereine den Behörden in die Hände liefern, sowie über die Anmeldung von Versammlungen, die die Auflösung nicht angemelderter Versammlungen in die Hand untergeordneter Polizeigeborgene legte. Es ist charakteristisch, daß der preußische Liberalismus selbst in seiner Blüteperiode, als er im preußischen Landtag über eine große Mehrheit verfügte, an diesem Prohibit der Reaktion nichts zu ändern fand. Die Tatsache, daß das preußische Vereinsgesetz sich fast sechs Jahrzehnte lang erhalten konnte, ist in erster Linie dem Liberalismus geschuldet, der sich jährlings noch das Verdienst erwarb, dieses Vereinsgesetz überreicht zu haben. Freilich war das preußische Vereinsgesetz noch nicht das allerschärfste; es gab zu allen Zeiten in einer Reihe von Einzelstaaten noch Bestimmungen, die selbst den Reich preußischer Reaktionäre erweckten. Aber was das Gesetz nicht enthielt, das legten die preußischen Behörden und Gerichte hinein. Besonders der Staatsanwalt Teßendorff, der sich schon in Magdeburg in der Verfolgung der Arbeitervereine hervorgetan hatte und dem nun Berlin verlegt wurde, lamte im Vereinsgesetz die Waage gefunden zu haben, um die Organisation der Arbeiter unmöglich zu machen. Damals wurde die Methode erdacht, die Gewerkschaften zu politischen Vereinen

zu stampfen und so wegen verbotenen Gewerkschaftswesens zu verurteilen. So wurde jeder Gewerkschafts- und Organisationsrat des Reichs des Reichs beizubehalten, wo ich nur kann. Die werden sagen: was ist dieser Teßendorff, werden wir etwa einen Teßendorff haben. Das können Sie. Wir werden dann den neuen Verein auch wieder schließen, so lange dies Vereinsgesetz besteht.“ erklärte Teßendorff in dem großen Saal gegen den Hauener- und Eisenarbeiter-Bund am 16. März 1896 und fügte hinzu: „Sie können sich verlammen, aber Sie dürfen sich weder gewerkschaftlicher noch organisieren.“ Ohne Generalisation ist die Sozialdemokratie ist.“ Er erreichte seinen Zweck nicht völlig; eine ganze Reihe von Gewerkschaften wurden zwar gerichtlich geschlossen und andere zur Selbstauflösung gezwungen, aber unter neuen Formen traten die Gewerkschaften wieder zutage, diesmal unangreifbar für Teßendorffs, bis 1878 das Sozialstengesetz auch diese Organisationen zertrümmerte.

Die Teßendorffs Methode aber blieb und sie wurde wieder hervorgeholt, als das Ausnahmegesetz im Kampfe gegen die seit 1890 wiederemachte Gewerkschaftsbewegung verlor. Nachdem die Gerichte übereinstimmend erklärten, daß die Organisationen mit den konkreten Zwecken des § 152 der Gewerbeordnung nicht verboten werden könnten, wurde den neuen Sachverhältnissen mit dem preußischen Vereinsgesetz der Prozeß gemacht. Die 1888 eingeleitete große Aktion gegen das „General-Komitee der vereinigten Berliner Gewerkschaften“ (Klug jedoch fehl). Das Berliner Gericht erklärte nur auf Selbstschlag wegen unbedeutender Formverfehle, daß aber die Organisation selbst unberührt. Gleichwohl setzte sich die politische Verfolgungspolitik in unerminderndem Maße fort, besonders angeht die stetig wachsende Bedeutung der gewerkschaftlichen Zentralisation. Bald war es eine Petition, bald ein aufklärender Vortrag, der den politischen Charakter eines Verbandes erweisen sollte. Den Verbänden wurde aus der Zugehörigkeit der Frauen, den Vertrauensmännerorganisationen aus gelegentlichem Inverbindungsretter der Straß gelehrt. Es ist eines der größten Verdienste der Gewerkschaftsbewegung, diesen gefährlichen Polizeikampff überwinden zu haben, so daß schon am Ende des Ausnahmegesetzes beide Fesseln, der Frauenparagraph wie das Verbindungsverbot, zerbrochen am Boden lagen. Sie haben denn auch seitdem nur selten Anwendung gefunden und wurden lediglich als Tauschobjekte für andere reaktionäre Pläne aufbewahrt. Das Gesetz hat vor kurzem im Reichstag seinen Abschluß gefunden — zur Zufriedenheit der Reaktionäre!

Nach welcher Richtung die Geleise der preußischen Reaktion gingen, trat 1897 in der Leg Redek deutlich zutage. Diese Vorlage zur Ergänzung und Abänderung von Bestimmungen über Vereine und Versammlungen wollte den Polizeibehörden das Recht einräumen, Versammlungen aufzulösen, welche den Strafgesetzen zur Belausen oder der Sicherheit des Staates oder den öffentlichen Frieden gefährden. Ebenso sollten Vereine unter den gleichen Voraussetzungen geschlossen werden können. Ferner sollte allen Minderjährigen (nicht bloß Schülern und Lehrlingen) die Teilnahme an politischen Versammlungen verboten werden. Dieser Gesetzesentwurf fand damals nicht die Zustimmung der Nationalliberalen und Freisinnigen, weil diese sich durch solche Maßnahmen keine wirksame Bekämpfung der Sozialdemokratie versprachen, sondern nur eine Aufreizung der Gemüter befürchteten. Herr Schmieberg erklärte im Landtag: es sei ein Mittel, das nur reize, aber nicht ins Herz treffe, eine Maßnahme, die nach etwas aussehe, aber keine Wirkung habe, ein Heft ohne Klingel! Mit 209 gegen 205 Stimmen wurde die Vorlage begraben. Um im Reichsvereinsgesetz 11 Jahre später siegreich aufzuerstehen!

Schon wenige Jahre später streckte die preußische Regierung ihre Hand nach dem Verbot fremder Sprachen in Versammlungen aus. Der Kampf gegen das Polentum zeitigte Versammlungsverbote und Auflösungen wegen des Gebrauchs der polnischen Sprache und Minister v. d. Redek verteidigte diese Maßregel damit, daß diese Auflösungen gerechtfertigt seien, falls dem überwachenden Beamten die betreffende Sprache nicht verständlich sei und das behördliche Überwachungsrecht dadurch illusorisch gemacht werde. Die Gerichte entschieden bald für, bald gegen diesen Grundschlag, das Oberverwaltungsgericht mußte aber zugeben, daß im Gesetz selbst eine solche Forderung nicht begründet sei. Im Mai 1902 erklärte der Minister v. Hammerstein: er wolle eine neue Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes abwarten. Sollte aber das Gericht auf seinem alten Standpunkt beharren und die Verwaltung in der Ausführung der Gesetze lahmlegen, so müsse er andere Maßnahmen in Aussicht nehmen! Der Minister verlangte also nichts weniger und nichts mehr, als daß das Gericht sich vor der höheren Autorität des Polizeiministers beugen und das Gesetz ausfüllen sollte. Der Verwaltungsgerichtshof tat ihm den Willen nicht, und nur verließ der Minister dem Landtag (am 26. Januar 1904) einen Gesetzesentwurf, der bestimmt sei, diese „Lücke im Vereinsrecht“ auszufüllen. Der Gesetzesentwurf wurde erst 1907 vorgelegt, aber nicht als Novelle zum preußischen Vereinsgesetz, sondern als Reichsvereinsgesetz. Im preußischen Landtag wäre er zweifellos auch angenommen worden — dafür bürgt das Schicksal der polnischen Enteignungsvorlage. Aber gegen Ergänzungen des preußischen Vereinsrechts sprachen verfassungsrechtliche Bedenken und Preußen wollte Ruhe vor den Gerichten haben. Der Reichstag hat ein Ausnahmegericht, das nicht einmal das preußische Vereinsgesetz kannte, für das ganze Reich eingeführt, lediglich auf Befehl der preußischen Regierung!

Die übrige Arbeit beforderte der preußische Landtag beziehungsweise die preußische Junterreaktion. In derselben Landtagssitzung, in welcher Herr v. Hammerstein einen Polizeiparagraphen in Aussicht stellte, am 25. Januar 1904, forderte Freiherr v. Zedlitz den Ausschluß aller Minderjährigen aus politischen Vereinen und Versammlungen mit der Motivierung: damit werde eine große Quelle des Einflusses sozialdemokratischer Propaganda auf unsere Jugend verstopft. Am 13. Februar 1905 wiederholte Herr v. Zedlitz diese Forderung mit Hinweis auf den Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier, wobei er von „grünen und unreifen Elementen“ sprach, die nur Zorn und Unheil in solchen Versammlungen anrichteten. Der konservative Abgeordnete Hammer mutete am 21. Februar 1907 der Regierung sogar zu, den jugendlichen Arbeitern die Teilnahme an Gewerkschaften ganz einfach durch Anwendung des Schülerversparographen, der politische Vereine zur Voraussetzung hat, zu verbieten.

In der Begründung des Reichsvereinsgesetzes gab sich die Reichsregierung den Anschein, als sei ihr an einem Jugendparagraphen nichts gelegen. Die Bestrebungen, von denen man die Jugend beherrchen wolle, traten so mannigfaltig an letztere heran, daß mit der Beschränkung der Vereins- und Versammlungsrechte wenig gewonnen sei. Überdies böten die Aufsichtsberechtigten der Schulbehörden und Handwerkerkammern gegenüber Schülern und Lehrlingen die Handhabe, unerwünschten Erscheinungen entgegenzutreten. Aber wohlgefällig ließ sie es zu, daß die Konserwativen als Preis ihrer Zustimmung zum Vereinsgesetz die Einführung eines Jugendparagraphen forderten, der allen Personen unter 18 Jahren das Vereins- und Versammlungsrecht vernichtete, und wohlgefällig ließ sie sich diesen „gar nicht gewollten“ Paragraphen durch die liberalen Parteien apporrieren! Was die Leg Redek 1897 vom preußischen Landtag verlangt, das drückte die preußische Junterreaktion spielend leicht aus dem Reichstagsfreijimm heraus.

Auch der andere Teil der Leg Redek hat im Reichsvereinsgesetz seine Verwirklichung gefunden, wenn auch in etwas abgeschwächter Form. Anstatt der behördlichen Befugnisse, Versammlungen aufzulösen, welche den Strafgesetzen zuwiderlaufen, insbesondere die Sicherheit des Staates oder den öffentlichen Frieden gefährden, heißt es in dem neuen Gesetz (§ 8, Ziffer 5), „wenn in der Versammlung Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung oder Anreizung zu Verbrechen oder nicht nur auf Antrag zu verfolgbarer Vergehen enthalten.“ Im übrigen sind die meisten Beschränkungen des preußischen Vereinsgesetzes in das Reichsgesetz hinübergerettet worden und nur die in der Praxis völlig entwickelten Bestimmungen, wie die politischen Vereinsbeschränkungen für Frauen und die Einreichung der Mitgliederliste der politischen Vereine, hat man fallen lassen. Sie mußten dazu dienen, um den Freijimm für das Sprachverbot und den Jugendparagraphen empfänglich zu machen. Sie haben also ihren Zweck als Kompensationsobjekte über alle Erwartungen erfüllt.

* Bei Solothurn in der Schweiz.

Das am 23. Mai dieses Jahres im Reichsamt der Reichs- und Provinzialverordnungen im Reichsamt der Reichs- und Provinzialverordnungen in Berlin erschienen ist, enthält die Beschlüsse der Reichsregierung über die...
 (Der Artikel ist zu lang, daher wird hier nur ein Auszug wiedergegeben.)

Für die Arbeiterschaft Frankreichs erschließt daraus die erste...
 (Der Artikel ist zu lang, daher wird hier nur ein Auszug wiedergegeben.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Fortwähren zu vermeiden und eine geregeltere Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 10. Mai der 20. Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 16. Mai 1908 fällig ist.

Für die jugendlichen männlichen Mitglieder wird eine Beitragsmarke in anderer Farbe als für die weiblichen Mitglieder verwendet; bei Bestellungen ist daher stets anzugeben, ob die Marken für jugendliche männliche oder für weibliche Mitglieder gebraucht werden.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandstatuts gestattet:

Der Verwaltungsvorstand 5 % pro Woche für jugendliche männliche Mitglieder.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsvorstand in Hamburg; Der Former Friedr. Barfuß, geb. am 14. April 1860 zu Oldenburg, Buch-Nr. 948528, wegen untörichtem Verhalten.

Wieder aufgenommen wird: Auf Antrag der Verwaltungsvorstand in Auzstadt: Der Former Frz. Weichschmidt, geb. am 24. Juli 1880 zu Saalfeld.

Berichtigung.

Der in Nr. 18 auf Antrag der Bezirkseitung im 4. Bezirk ausgeschlossene heißt nicht Meibe, sondern Meibeholz.

Gestohlen wurde:

Buch Nr. 881864, lautend auf ? Gustav Hochmuth, geb. am 4. Februar 1887 zu München, eingetreten am 14. November 1905 zu Chemnitz.

Anforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluss aus dem Verband.

Auf Antrag der Bezirkseitung im 5. Bezirk: Der Schlosser Frz. Schnell, geb. am 2. Dez. 1880 zu Elbing, Lit. A. Buch-Nr. 266376, wegen Betrug.

Auf Antrag der Verwaltungsvorstand in Dortmund: Der Former Friz Weid, geb. am 3. Dezember 1872 zu Dortmund, Buch-Nr. 807662, wegen Unterschlagung;

Der Schlosser Ditto Brand, geb. am 25. April 1888 zu Leipzig, Lit. A. Buch-Nr. 171643, wegen Unterschlagung;

Der Schlosser Anton Witzki, geb. am 21. Juni 1867 zu Waesgenow, Buch-Nr. 427289, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsvorstand in Mülhausen: Der Hilfsarbeiter Albert Wirth, geb. am 30. August 1880 zu Sulz i. G., Lit. A. Buch-Nr. 235369, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern. Die Verbandsfunktionäre werden aufgefordert, Wirth vorzukommenfalls anzuhalten.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Röde-Straße 16b zu richten; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zuguz ist fernzuhalten:

- von Bijouterie- und Goldarbeitern nach Paris;
- von chirurgischen Instrumentenmachern nach Tuttingen (Schweiz);
- von Drechern, Schlossern und Maschinenarbeitern nach Halle a. S. (G. Krebs, A.-G. Deutsch-amerik. Werkzeugmaschinenfabrik) W.;
- von Feilenhauern nach Augsburg D.;
- von Formern, Eisengießereiarbeitern und Kernmachern nach Augsburg, D.; nach Braundorf (Machinistenfabr. A.-G. vorm. A. Benz); nach Höchst-Unterliederbach (Metallgießerei S. Berg) St.; nach Kollar (Eisenwerk) H.; nach Marzich in Holland (Fr. v. Oppen) St.; nach Regensburg (Machinistenfabrik Horn, Joh. F. Weipert) D.; nach Uetersen i. S. (Eisenwerk Gurte & Co.); nach Zabern i. G. (Fr. A. Demange) D.; nach Zulenroda (Homburg & Köll) St.;
- von Goldschlägern nach Nürnberg und Schwabach;
- von Kesselschmiedern, Schmiedern, Nictern und Stemmern nach Halle a. S. (R. Meiser, Kesselfabrik) W.;
- von Kupferern, Flaschnern, Spenglern und Installateuren nach Braunshweig (Schwarzfabrik A. Hunge und Fr. Ch. Unger & Sohn) St.; nach Ghr (Schweiz) St.; nach Kassel; nach Metz (Bedel & Kommoeller) St.; nach München D.; nach Naumburg (Fr. Ritter) D.; nach Oldenburg, L.; nach Schleswig, D.; nach Solothurn (Schw.) St.; nach Zürich, St.;
- von Kupferschmiedern nach München D.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Achaffenburg (Allg. & Baumgärtel) W.; nach Dortmund (Dortmunder Feinschmiedefabrikation); nach Durlach-Karlsruhe (Unterberg & Helmle, Magnetenfabr.) W.; nach Feuerbach (Fr. Steinhäuser) W.; nach Gelsenkirchen (Kupperbusch u. S. Herdfabrik) St.; nach Heinrich (siehe Suhl); nach Hornberg (Schleuter & Co.) D.; nach Lauenburg (Fr. Döhrer) St.; nach Liegnitz (Fr. Gubisch) St.; nach Oberstein a. Nahe; nach Paris; nach Pforzheim (R. Großmann, mech. Werkstatt) W.; nach Reichenthal, L.; nach Söhrebed a. G. (Welfshrad-fabrik Metallind. Schönbeck); nach Solingen; nach Stuttgart (Fr. Morgenstern) St.; nach Suhl i. Thüring. (Waffen-, Fahrrad- und Kriegsfahrzeugfabrik Simon & Löring); nach Swinemünde (E. O. Schulz, Eisengießerei u. Maschinenfabr.) R.; nach Tilsit (Zellstofffabrik) W.; nach Uetersen i. G. (Eisenwerk); nach Uetersen (Rheinische Maschinenfabrik) St.; nach Warnsdorf in Böhmen;

von Metallarbeitern nach (sämtlichen Schwarzmetallen); von Metallarbeitern nach (Gold- und Silberarbeiten); von Metallarbeitern nach (Stuttgart); von Metallarbeitern nach (Wenzel); und Schwenningen W.

(Die mit A. und B. bezeichneten Orte sind Betriebsorte, die über- haupt zu meiden sind; C. D. E. F. G. H. I. J. K. L. M. N. O. P. Q. R. S. T. U. V. W. X. Y. Z. sind Betriebsorte, die zu vermeiden sind; A. B. C. D. E. F. G. H. I. J. K. L. M. N. O. P. Q. R. S. T. U. V. W. X. Y. Z. sind Betriebsorte, die zu vermeiden sind.)

Die Mittelungen über Differenzen, die zur Überwindung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlass geben, sind an den Verhandlungsstellen zu adressieren. Die Klärung der Ver- hältnisse von Orten müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsvorstand beglaubigt sein.

Der Arbeitsanahme in Orten, wo keine der obigen An- stalt in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich hierin zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder dem nächstgelegenen Betriebsort über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsvorstand be- steht, wolle man sich an den Vorstand wenden. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem seitherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Former.

Elze. In der Eisengießerei des Herrn G. Pleißner herrschen Zustände, die unbedingt der Änderung bedürfen. Die Firma glaubt jedenfalls, wegen der ungünstigen Konjunktur den Formern alles bieten zu können. Obwohl die Wirtspresse schon während der glücklichen Geschäftslage nicht gut waren, versuchte es die Firma doch schon im Februar dieses Jahres, Abzüge bis 20 Prozent zu machen. Durch Verhandlung und einmütiges Vorgehen der Kollegen wurde die Firma veranlaßt, die Beträge für die zum Teil schon erfolgten Abzüge zurückzahlen und die Reduzierungen aufzuheben. Die Arbeiter glaubten, damit sei die Sache erledigt. Leider war das nicht der Fall. Jetzt hat die Firma die Abzüge rückwärtslos zur Durch- führung gebracht, unbekümmert darum, ob die Arbeiter mit dem er- zielten Verdienst existieren können oder nicht. Es haben nun vier Former die geistliche Stätte verlassen. — Ein eigenartiges System ist dort für die Festschließung der Wirtspresse eingeführt. Wendet sich der Former an Herrn Pleißner jun., der jetzt Inhaber sein soll, so wird er an den Betriebsleiter, Herrn Kelling, verwiesen, der dann den Preis anbietet. Glaubt nun der Former am Wochenschluß einen einigermaßen ausreichenden Verdienst erzielt zu haben, so wird er aber oft bitter enttäuscht, denn Herr Pleißner jun., gelernter Kaufmann, unterzieht die Preise nach einer Revue und ändert sie nach seinem Ermessen ab. Einige Beispiele: Für einen Schieber hat der Betriebsleiter 75 % geboten, Herr Pleißner hat 40 % dafür bezahlt. Einen Ventildreher hatte der Betriebsleiter mit 60 % veranbietet, wofür 20 % zur Auszahlung gelangten. Wenn ein solches Verfahren nicht paßt, der kann gehen. Ein Gewerbergericht existiert in Elze nicht, so daß die Firma fast immer mit diesen Manipulationen durchkommt. Die Behauptung läßt sehr viel zu wünschen übrig. Herr Pleißner jun. entblödet sich nicht, Former, die ihr Recht ver- langen, trotz 14-tägiger Kündigungsfrist sofort zu entlassen und als Landstreicher zu titulieren. In dem Betrieb ist die 10 1/2 stündige Arbeitszeit laut Arbeitsordnung festgesetzt, es wird aber trotz der Krise jeden Abend länger gearbeitet, weil stets erst nach Feierabend gegessen wird. Schluß ist gewöhnlich 1/9 Uhr, es wird aber für die Überzeitarbeit kein Zuschlag bezahlt. Dagegen wird aber jeder, der morgens 5 Minuten später kommt, in Strafe genommen, je nach Gunst hat er 10 bis 20 % zu zahlen. Das eigenartige bei dem Überzeitarbeit ist, daß die Hilfsarbeiter rechtzeitig nach Hause ge- schickt werden, weil denen sonst der Lohn für die Stunden bezahlt werden müßte. Trotz der langen Arbeitszeit ist der Verdienst ein geringer. Die Firma scheut sich nicht, Leute mit einem Wochen- verdienst von — sage und schreibe — 18 M zu entlassen. In hygie- nischer Beziehung bleibt alles zu wünschen übrig. Höfentlich tragen diese Zeilen dazu bei, manchen Kollegen vor Schaden zu behüten.

Klempner.

Karlsruhe. Zwischen der hiesigen Verwaltungsvorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und den hiesigen Klempnern ist auf dem Wege friedlicher Vereinbarung folgender Tarifvertrag abgeschlossen worden: 1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt nicht über 9 1/2 Stunden. Sie beginnt morgens 7 1/2 und endet abends 6 Uhr, bei 1/2 stündiger Frühstückspause und 1/2 stündiger Mittagspause. Die Pausen fallen in die Zeit von morgens 7 1/2 bis 9 Uhr und mittags von 12 bis 1 1/2 Uhr. 2. An den Vorabenden vor dem Neujahrstage, Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist um 4 Uhr Feierabend. Sollte ein weiteres Arbeiten notwendig sein, so erfolgt dafür ein Zuschlag von 50 Prozent. 3. Bei Arbeitsmangel kann die tägliche Arbeitszeit entsprechend vermindert werden. 4. Überstunden sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Wollen solche in dringenden Fällen geleistet werden, so erfolgt hierfür ein Zuschlag von 25 Prozent, für Nacharbeit von 50 Prozent, für Sonn- und Feiertagsarbeit von 100 Prozent. Als Überstunden gilt die Zeit von 6 bis 9 Uhr abends, als Nacharbeit die Zeit von 9 Uhr abends bis 1 1/2 Uhr morgens. Wird bis 9 Uhr abends und länger ge- arbeitet, so tritt um 6 Uhr eine 1/2 stündige Pause ein; diese Pause muß bezahlt werden. 5. Die Lohnzahlung erfolgt freitags und soll mit Geschäftsschluß beendet sein. Die Lohnabrechnung muß spätestens am zweiten Zahlung nach dem Eintritt erfolgen. Während dieser Zeit sind dem neu eingetretene Gesellen auf Wunsch Abschlags- zahlungen zu leisten, nachdem werden solche oder Zuschläge nicht mehr gewährt. 6. Der Lohn beträgt: Für selbständige Gesellen nicht unter 53 % die Stunde. Für Ausgelernte im ersten Jahre nach der Lehre nicht unter 36 % die Stunde. Für Gesellen im zweiten Jahre nach der Lehre nicht unter 40 % die Stunde. Für Helfer, die mit Installationsarbeiten beschäftigt werden, nicht unter 36 % die Stunde. Bei minder Leistungsfähigen und invaliden Gesellen wird die Fest- setzung des Lohnes der freien Vereinbarung zwischen Meister und Gesellen überlassen. 7. Minderer Lohn soll vermieden werden, wo dies nicht möglich ist, muß der Stundenlohn garantiert sein. 8. Für Ar- beiten in Abzutrüben, Brunnenbeschäftigen, Senkgruben, Kanälen sowie für Sargtische wird eine besondere Vergütung von 30 % die Stunde, mindestens aber 1 M bezahlt. Für Reinigen eines Klosetts erhält der Arbeiter eine besondere Vergütung von 50 %. 9. Bei Arbeiten in entfernter liegenden Stadtteilen oder Vororten, welche keine ge- steigerten Ausgaben bedingen, wird kein Zuschlag bezahlt. Bei aus- wärtiger Arbeit wird neben freier Hin- und Rückfahrt eine tägliche Vergütung von 1 M bezahlt. Die Fahrzeit gilt als Arbeitszeit; es wird, wenn auswärtig übernachtet werden muß, pro Tag 3 M ver- gütet. Diese Vergütung muß auch Sonn- und Feiertags bezahlt werden. Bei Arbeiten an außerordentlich teuren Orten (Kun- und Badeorten) bleibt die Höhe der Zulage der gegenseitigen Verein- barung überlassen, doch darf sie nicht geringer wie 3 M täglich sein. Den ständigen Gesellen wird vierteljährlich einmal das Jahrgeld 3. Klasse zum Sitz des Geschäftes bezahlt. Bei auswärtig eintretenden Krankheiten oder Unglücksfällen übernimmt das Geschäft die Kosten der Rückbeförderung zum Sitz des Geschäftes. 10. Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches findet auf diesen Tarif keine Anwendung. Kündigung ist gegenseitig ausgeschlossen. Der Austritt kann nur abends erfolgen. Am Zahlungstag bleibt jeweils ein Tag stehen, der am nächsten Zahlungstag ausbezahlt wird. 11. Die gesetzlichen Arbeitstages- bestimmungen sind von beiden Seiten streng einzuhalten. Insbesondere ist für genügende Ventilation in der Werkstatt, ausreichende Wasch- einrichtungen, Verbandszeug sowie für die nötigen Sicherheitsvorrich- tungen auf Bauten Sorge zu tragen. 12. Für den Fall, daß durch irgend eine der vorstehenden Vertragsbestimmungen Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer entstehen, sind diese einer Schlichtungskommission zu unterbreiten, die je aus vier Mitgliedern der vertragschließenden Parteien zu bestehen hat. Die Schlichtungs-

kommission hat so schnell wie möglich, spätestens aber innerhalb 48 Stunden, nachdem sie von einem Teile angerufen ist, zusammen-zutreten und den Streitfall mit landlicher Befehrung zu erledigen. Sofern die Parteien sich nicht über eine andere Person als Unpar- teilichen einigen, ist der jeweilige Vorsitzende der Schlichtungskommission zu berufen. 13. Nachtragungen aus Anlaß der Durchführung dieses Tarifs haben von letzter Seite aus statt. Eine Verschlechterung be- stehender Verhältnisse darf durch vorstehende Vereinbarung nicht stattfinden. 14. Der Vertrag ist in jeder Hinsicht sichtbar aus- zubringen und hat vom Tage des Abschlusses an Gültigkeit bis zum 1. April 1910. 15. Sofern dieser Vertrag nicht spätestens vor Ablauf der 6. Woche der Vertragszeit gekündigt wird, läuft derselbe so um ein Jahr weiter. Wird der Vertrag gekündigt, so hat die Schlichtungs- kommission spätestens innerhalb 14 Tagen den beiden Parteien einen neuen Vertragsentwurf vorzulegen. — Der neue Tarif enthält gegen- über dem früheren, besonders bezüglich des Lohnes, der Regelung der Überstunden und Entschädigung für schmutzige Arbeit erhebliche Verbesserungen. Bemerkenswert ist, daß die Klempnermeister diesmal selbst wünschten, mit der Organisation zu verhandeln, vor drei Jahren mußte noch darum gekämpft werden. Es ist dies jedenfalls der ge- fertigten Organisation der Klempner zuzuschreiben.

Metallarbeiter.

Amberg. Der christliche Metallarbeiter-Verband eröffnete im Oktober 1907 gegen die Firma Baumann (Stanz- und Email- werk), die circa 8000 Arbeiter beschäftigt, einen Kampf, obwohl er nur verhältnismäßig wenig Mitglieder in dem Betrieb hatte. Die Firma entließ einige christliche Mitglieder und gründete einen gelben Verein. Den Mitgliedern dieses gelben Vereins erwies die Firma zu Weihnachten eine „Wohltat“, sie zahlte ihnen Lohn für die beiden Weihnachs- ferietage. Der christliche Verein wollte nun auch wohltätig sein, er zahlte seinen bei Baumann beschäftigten Mitgliedern auch die Feiertags- löhne. Aber das Resultat dieser Wohltat war ein ganz unerwartetes: die „christlichen“ Brüder steckten das Geld (zusammen circa 400 M) von ihrem Verband ein und traten in den gelben Verein ein.

Dauzig. (Die gerichtete Wohltätigkeitsklaveret.) Aber die „Wohltätigkeits“-Leute gestolpert ist in sehr eigentümlicher Art ein besonderer Vertrauensmann des westpreussischen Industriellen Schrey, des bekannten Vorsitzenden des „Verbandes Deutscher Industrieller“. Der Arbeiter Schmidt hatte es beim Militär bis zum Sergeanten gebracht. Er wurde dann später wiederholt wegen Betrug, Unterschlagung, Diebstahl und Hehlerei bestraft; die Höchst- strafe waren neun Monate Gefängnis. Dann wurde er Gutsspekulant und zog sich in dieser Eigenschaft selbst die „Sympathie“ der ge- geblichen stehenden Landarbeit in solchen Grade zu, daß er bei einem Zusammenstoß mit diesen mit Knütteln vorsetzt wurde. Nun wurde er in das „Wohltätigkeits“-elorado des Herrn Schrey, in die Danziger Waggonfabrik, aufgenommen, in der er jetzt sechs Jahre beschäftigt ist. Schrey reglet die Arbeiter „seines“ Betriebs streng „patriarchalisch“, mit „Wohltaten“. Bei Schrey gibt es eine ganze Reihe „freiwilliger Wohltaten“. Unter anderem wird auch den Arbeitern bei der Geburt eines Kindes als Prämie für die treu erfüllte Pflicht im Dienst der deutschen Volksernährung allervordächst der Betrag von 10 Reichsmark „geschenkt“. Diese „Gnade“ sollte ein Fallstrich für Schmidt werden. Am 24. November 1907 feierte er unter reichlichem Konsum von Alkohol, dem er sich trotz aller gutemplerischen Besserungsversuche nicht zu entziehen vermochte, den Geburtstag seiner Ehefrau, die in nächster Zeit ihrer Entbindung entgegen sah. Am nächsten Morgen war er auch noch nicht nüchtern. Er steigerte dann diesen Zustand noch und kam darin auf die Idee, sich die Entbindungsprämie — die Arbeiter haben dafür eine viel drahtlichere Kennzeichnung — schon vorzeitig zu beschaffen. Auf dem Ständesaal wurde seiner Angabe, daß seine Frau Zwillinge ge- boren habe, geglaubt, und auf Grund der ihm erteilten Geburts- urkunde erhielt er von der Waggonfabrik Schrey 20 M als Geburts- prämie für zwei Kinder „geschenkt“. Die unrichtige Angabe wurde aber bald festgestellt und gegen ihn durch den großen „Wohltätig- keits“-Strafgericht wegen Urkundenfälschung und Betrug gestellt. Das Schwurgericht verurteilte ihn am 27. April wegen Urkundenfälschung, von der Anklage des Betrugs wurde er freigesprochen. Unter Zu- hülfenahme „mildernder Umstände“ wurde die Strafe auf ein Jahr Gefängnis mit Bewährung, der Staatsanwalt hatte für die in alkoholischer Unzurechnungsfähigkeit begangene Tat des chronischen Trinkers, wegen des unehörlchen Eingriffs in die fremde Rechtssphäre zwei Jahre Gefängnis gefordert. Jetzt hat die irdische Gerechtigkeit die be- dauernswerte Frau und ihre sechs kleinen Kinder „nur“ auf ein Jahr des Ernährers beraubt! Durch das harte Urteil wird aber auch das „Wohltätigkeits“-System gebrandmarkt. Statt den Arbeitern ausreichenden Lohn zu zahlen, spendet man ihnen „Wohltaten“. Diese Wohltätigkeitspenderei erniedrigt den Arbeiter, je geschieht, damit sich der Arbeiter die Günst und die „offene Hand“ des „gnädigen Herrn“ gewinnt und dadurch zum rückgratlosen Speichel- lecker wird. Die bürgerliche Presse, die die Wohltätigkeitsklaveret stets rühmend lobt, ist aber weit entfernt, angeht dieses Falles die Wahrheit zu sagen. Sie ist noch gewissenslos genug, sich in langem Pharisäergeschwätz über die moralische Unverbesserlichkeit des Opfers zu ergehen. Wir hätten vielleicht viel mehr Grund, den getreuen Arbeiter und seine Tätigkeit kritisch zu würdigen. Ein trauriges Schicksal fällt uns aber selbstverständlich davon zurück. Wir ver- suchen sehr gerne auf den heuchlerischen Ehrgeiz der kapitalistischen Schmöck, unseren Blick auf einem Opfer fremder Schuld zu legen. Über Zeit ist es, daß sich die Arbeiterschaft endlich empört gegen dieses Wohltätigkeitsystem und auskömmliche Bezahlung für ihre Arbeit fordert. Dazu gehört aber vor allem, daß auch die Arbeiter der Waggonfabrik sich endlich ihrer gewerkschaftlichen Berufsorganisa- tion, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, anschließen und in der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung ihre Pflicht und Schuldigkeit tun.

Dresden. In der Landesversammlung in Straß- burg wurde folgende Petition der freien Gewerkschaften um Zulassung fremdsprachiger Redner in Gewerkschafts- versammlungen beziehungsweise Ausbeurteilung des § 12 Abs. 2 des neuen Vereinsgesetzes auf Gewerkschaftsversammlungen gerichtet: „Da nach der Erklärung des Herrn Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg Gewerkschaftsversammlungen nicht unter den § 12 fallen sollen, wir aber aus Erfahrung wissen, daß Behörden nur dem Gesekeswortlaut, nicht aber den Erklärungen höherer Staatsbeamten entsprechend handeln, eruchen wir höflich, der Landesversammlung möge in dieser Sache Klarheit schaffen, indem er für Elsaß-Lothringen den Gebrauch der französischen und italienischen Sprache in Gewerkschaftsversammlungen generell erlaubt. Es liegt im Interesse der Gesamtwörterung, daß die fremdsprachigen Arbeiter Gelegenheit haben, sich in Ge- werkschaftsversammlungen auszusprechen; besonders bei einem Streit könnten die Folgen unberechenbar sein, wenn es nicht möglich ist, die fremden Arbeiter in ihrer Muttersprache aufzuklären und zur Besonnenheit und Ruhe zu mahnen. Ferner ist mit dem veralteten System hier aufzuräumen, daß zum Anklicken von Versammlungs- plakaten erst die ortspolizeiliche Genehmigung eingeholen ist. Selbst in hinreichend der Versammlungsfreiheit rüchtligeren Bundesstaaten wird dies nicht mehr verlangt. Hoffend, daß der Landesversammlungs- kommission bei der nach Behutausenden zählenden Zahl der in Elsaß-Lothringen beschäftigten fremdsprachigen Arbeiter dieser nicht jede gewerkschaft- liche Betätigung durch das Strafgesetzbuch unterbinden lassen will, zeichnen hochachtend Georg Wischmann, Karl Forster.“

Differenzen. Nachdem die hiesigen Kirch-Dunderfchen über ein Jahr lang kein Lebenszeichen mehr von sich gegeben hatten, ver- suchten sie kürzlich, wieder einen Fühlfand zu machen. Plötzlich ver- kündeten: Mittwoch abend, Donnerstag morgen, Donnerstag abend, Freitag morgen, Freitag abend große Betriebsversammlungen, Samstag abend große öffentliche Versammlung. Wir waren paß auf dieser Versammlungsvorrede der Kirch-Dunderfchen, denn wir mußten: diesmal sind wir verloren, die Kirch-Dunderfchen treten unserer Erde endlich an, wie sie das ja großmütig im Regulator schon im Jahre 1906 verkündet hatten. Um ihrem Armeekorps von 14 Mann die richtige Führung zu geben und uns „unterzubuttern“, hatten sie sich den ge- waltigen Agitator Hartmann aus Nachen verschrieben. Denn sie

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteinstausch am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schram.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Altestr. 16a part.
Telephonruf: Nr. 8892.

Inserationsgebühr pro sechsgepaltenen Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **380 600**
EXEMPLAREN

Wirtschaftliche Rundschau.

Das Geheimnis der deutschen Syndikalpolitik hat der Generaldirektor des Eisen- und Stahlwerkes Voelck, Kommerzienrat Springorum, in der jüngst abgehaltenen Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute preisgegeben. Alle Syndikalmaßnahmen in der Periode wirtschaftlichen Niederganges sind nur mit Rücksicht auf das Wohl der Arbeiterschaft getroffen worden. Die Herzengüte der Syndikalisten hat sich in aller Stille betätigt, ihre Verschleidenheit allein ließ es trotz der schwersten Angriffe bisher nicht zu, das Geständnis abzulegen, daß die als brutal und gemeingefährlich verschrieene Politik des Kohlen- und Stahlwertverbandes gar nicht dazu dienen sollte, die Stellung der gemischten Betriebe zu beseitigen und die reinen Hochofen- und Walzwerke zu erbrosseln, daß alles vielmehr nur geschah, um Arbeiterentlassungen nach Möglichkeit zu verhindern. Herr Springorum versicherte, daß es für die deutschen Werke von einem rein kaufmännischen Standpunkt aus richtiger sein würde, die Erzeugung lediglich nach dem vorhandenen Bedarf zu bemessen, und auf diese Weise die mit Aufkapelung von Hochofen-, Halbfabrikaten und Erzeugen verbundenen mannigfachen und erheblichen Geldverluste, die namentlich in der jetzigen geldteuren Zeit besonders empfindlich werden, zu vermeiden. Man nehme aber diese Verluste mit in den Kauf, um nicht, wie in Amerika üblich, die Arbeiter ohne weiteres in großer Zahl auf die Straße zu setzen. Nach diesen rührenden Bekundungen wurde an die Staatsbahnverwaltung die Anforderung gerichtet, die Aufträge schon jetzt möglichst reichlich zu erteilen, ferner wird von ihr verlangt, daß sie einen Teil der für die nächsten Jahre aus dem Ausland zu beziehenden Holzschwellen durch Eisenwellen ersetze und jetzt bereits bestelle. Die Ratsschläge verdichten sich zum Schluß zu der Drohung, daß ihre Nichtbefolgung Arbeiterentlassungen größeren Stils nach sich ziehen müßte. Derartige Reden können nur für die Herzen der preussischen Regierung bestimmt sein, denn es gibt wohl über diesen Kreis hinaus keinen halbwegs verständigen Menschen, auf den sie irgend welchen Eindruck machen. Die vom Stahlwertverband gründlich ausgemerkte Eisenbahnverwaltung soll zu erweiterten Bestellungen genötigt werden; um dieses Verlangen nach der Kritik, die die berichtigten Lieferungsverträge des Verbandes mit der Staatsverwaltung erfahren haben, überhaupt noch stellen zu können, kleidet man es in eine sozialpolitische Form.

Die Taktik des Stahlwertverbandes und des Kohlen- und Stahlwertverbandes bei der Reichsfinanzüber die Marktlage wird unentwegt fortgesetzt. Das Kohlen- und Stahlwertverhältnis hat an der Methode jenes Kupferforschers fest, der Schminke als Heilmittel gegen Bleichsucht anwendet. Die Absatzverhältnisse haben sich im März weiter verschlechtert, von einer Belebung des Geschäftes konnte auch weiterhin nicht die Rede sein, so daß mit einer größeren Verminderung der Beteiligungsziffern der Syndikalisten gerechnet wurde. Das Syndikat faßte jedoch am 22. April den Beschluß, eine Verringerung der Produktionsbeschränkung einzutreten zu lassen. Für die Monate Mai und Juni 1908 wurden die Beteiligungsanteile in Kohlen auf 87 1/2 Prozent, in Roheisen auf 70 Prozent und in Brilleisen auf 95 Prozent festgesetzt, das bedeutet gegen den April eine Zunahme von 2 1/2 Prozent für Kohlen, 5 Prozent für Roheisen und 5 Prozent für Brilleisen. Durch diese Erhöhung der Beteiligungsanteile will man den Anschein erwecken, daß sich eine erhöhte Nachfrage rege, daß der Tiefstand überwunden sei und die Besserung einsehe. Der Trick ist um so plumper, da er schon im März angekündigt worden ist. Die Erfolge des Kohlenwunders sind bei vielen der in diesen Tagen veröffentlichten Betriebsausweise rheinisch-westfälischer Kohlenbergwerke für das erste Quartal 1908 zahlenmäßig zu erkennen. So ist der Betriebsüberschuß der Garpener Bergbaugesellschaft auf 3,64 Millionen Mark im ersten Quartal des Vorjahres auf 4,74 Millionen Mark im ersten Quartal des laufenden Jahres gestiegen. Der Mülheimer Bergwerkverein erzielte einen Quartalüberschuß von 782510 M gegen 583094 M im Vorjahr, der Überschuß bei Hibernia stieg von 3590681 M auf 3692081 M. Die Preissteigerungen für Kohlen, die die deutsche Industrie so beträchtlich belasten, haben alle sonstigen Erscheinungen der Krise für das Syndikat wettgemacht. Bei Wertung der Absatzziffern des Syndikats wird stets beachtet werden müssen, daß zu den als abgesetzt bezeichneten Mengen auch die für Rechnung des Syndikats aufgeschuften Lagerbestände gehören, die jetzt einen kolossalen Umfang angenommen haben. Dadurch verschiebt sich das „Absatzbild“ recht wesentlich.

Der Stahlwertverband hat nach seinem letzten Ausweis im Monat März in A-Produkten 486348 Tonnen gegen 420508 Tonnen im Februar versandt, es ist mithin im März eine Steigerung des Verbandes um rund 66000 Tonnen gegen den im Februar zu verzeichnen. Die folgenden Ziffern lassen die Beteiligung der einzelnen Produkte an dem Gesamtversand erkennen und ermöglichen den Vergleich mit den entsprechenden Monaten der Vorjahre. Der Verband betrug:

	1906	1907	1908	1906	1907	1908
	Salbzug			Eisenbahnwagen		
	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen
Januar	175962	154815	101460	154859	188386	214557
Februar	156515	141347	108854	155671	183111	207562
März	178052	147769	131986	172898	208168	198841

	1906	1907	1908	1906	1907	1908
	Formellen			Gesamtprodukte A		
	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen
Januar	129012	146370	67039	459833	489571	388056
Februar	125376	124806	104092	437559	449264	420508
März	177107	152372	155521	527857	509309	486348

Für die Höhe des Verbandes war nach der Erklärung des Stahlwertverbandes neben dem stärkeren Frühjahrsabruf auch der Umstand maßgebend, daß die Werke mit Rücksicht auf die bevorstehende Abrechnung des mit März zu Ende gehenden Geschäftsjahres noch möglichst große Mengen zu liefern suchten. Schon deshalb wäre es bedenklich, aus diesen Ziffern den Schluß zu ziehen, daß die Beschäftigung eine bessere geworden ist. Die gestiegenen Ziffern bringen nicht den Beweis für einen wirklichen Mehrbedarf, sie umfassen auch die Mengen, die auf Lager genommen wurden. Der Syndikalbericht über die Geschäftslage betont besonders, daß die in Abnehmerkreisen vielfach gebotene Erwartung auf eine Ermäßigung des Preises für Formeisen grundlos ist, Preisermäßigungen werden nicht stattfinden. Weiter wird hervorgehoben, daß im Auslandsgeschäft sich in einzelnen Absatzgebieten der russische und italienische Wettbewerb störend bemerkbar mache. Früher ließ der Monatsausweis den Umfang des Auslandsgeschäftes erkennen, während jetzt eine Spezialisierung des Verbandes nicht mehr erfolgt, offenbar zu dem Zwecke, die Ausfuhrhöhe zu verdecken. Der belagte russische Wettbewerb dürfte sich in der nächsten Zeit wohl noch verschärfen, da sowohl in Sibrußland als in Russisch-Polen eine Verstrufung der Eisenwerke sich vollzieht.

Der Abschluß des amerikanischen Stahltrufes für das erste Quartal 1908 beweist, daß der vielversprochene Aufstieg der amerikanischen Industrie nach den schweren Stürmen der Krise bis jetzt nur in den Köpfen einiger Konjunkturmacher zuversichtlicher Observanz eingetreten ist. Nach Abzug der gewöhnlichen Betriebskosten erbrachte das erste Quartal 1908 einen Überschuß von 18,23 Millionen Dollar gegen 39,12 Millionen in dem gleichen Quartal des Vorjahres. Dieser Betrag ist der Gewinnüberschuß des Stahltrufes in den einzelnen Quartalen:

	1904	1905	1906	1907	1908
1. Quartal	13545280	23025886	36634490	39122492	18229005
2. „	18490725	30305116	40125033	45503705	—
3. „	18774130	31420582	38114624	43304285	—
4. „	24466630	25270000	41744964	32553000	—
	75276715	120021584	156619111	160483482	—

Seit dem Jahre 1904 ist kein annähernd ungünstiges Resultat zu verzeichnen. Noch besser ist die Situation durch einen Vergleich der Auftragbestände erkennbar. Am Quartalsende stellten sich die Auftragbestände:

	Tonnen	Ende Juni 1906	Tonnen
Ende März 1904	4136961	September 1906	7000000
Juni 1904	3192277	Dezember 1906	7936684
September 1904	3027436	März 1907	8489718
Dezember 1904	4696000	Juni 1907	8043858
März 1905	5597580	September 1907	7603878
Juni 1905	4829655	Dezember 1907	6425000
September 1905	5865000	März 1908	4624553
Dezember 1905	7600000		3765343
März 1906	7018712		

Die Deutsche Reichsbahn hat die lange erwartete Herabsetzung des Diskontsatzes am 27. April eintreten lassen. Der offizielle Gelbssatz ist um 1/2 Prozent von 5 1/2 Prozent auf 5 Prozent ermäßigt worden, seit dem Herbst des Jahres 1906 war er stets höher als 5 Prozent, der niedrigste Satz im vorigen Jahre betrug 5 1/2 Prozent. Die Kreise, die von der Verbilligung des Leihgeldes eine schnell und durchgreifende Belebung der industriellen Tätigkeit erwarten, dürften sich in ihren Hoffnungen enttäuscht sehen.

Die Lage des Eisengeschäftes ist, wie die objektive Berichterstattung ziemlich übereinstimmend feststellt, in den letzten Wochen meist nicht noch schlechter geworden, aber für eine Besserung traten keinerlei Anzeichen hervor. Die Einzelberichte lauten trübselig, die Zurückhaltung der Verbraucher dauert an, die Beschäftigung ist mangelhaft, die Stimmung gedrückt. Die Siegerländer Hochofen arbeiten mit einer Produktionsbeschränkung von 50 Prozent, der Siegerländer Eisensteinverein hat daraufhin die Förderbeschränkung für das 2. Quartal auf 20 Prozent erhöht. Über die Beschäftigung im Maschinenbau lassen die vorliegenden Berichte erkennen, daß die großen und renommierten Unternehmungen am besten beschäftigt sind, während bei den mittleren und kleineren Fabriken die Aufträge schlecht eingeht und zum Teil fehlen. Lokomotiv- und Wagonfabriken sind weiter gut beschäftigt. Der preussische Eisenbahnfiskus hat — wie dies ja auch zu früheren Zeiten bei sinkender Konjunktur geschehen ist — in der letzten Woche des vergangenen Monats bei den fertigen Maschinenfabriken wieder Lokomotiven im Werte von rund 32 Millionen Mark in Bestellung gegeben, die Lieferzeit läuft bis zum 1. April 1909. Eine Diskussion in der Generalversammlung der Lokomotivfabriken von Krauß & Co., A.-G. in München, lenkt wieder die Aufmerksamkeit darauf, daß die Gewinne der Aktiengesellschaften in den Reingewinnen und den erkennbaren Rückstellungen häufig genug nicht vollständig zum Ausdruck kommen. Auf einen Einwand eines Aktionärs bemerkte die Verwaltung der genannten Gesellschaft, daß der Besitz ein Vielfaches von dem Buchwert darstelle. Seit Jahren ist also ein erheblicher Teil des Gewinnes in „stille Reserven“ gestellt worden. Die Wagonfabrik Raffart, A.-G., hatte in diesem Jahre einen Gesamtumsatz von 3,91 Millionen Mark gegen 2,86 Millionen Mark im Vorjahr. Nach Abschreibungen von 30000 M wird ein Reingewinn von rund 70000 M ausgewiesen, der sich gegen das Vorjahr glatt verdoppelt hat. Die Dividende beträgt wieder 5 Prozent auf das um 625000 M auf 1,20 Millionen Mark erhöhte Grundkapital. Die Verwaltung bemerkt, daß sich die Verbilligung der Fabrikanlagen durch verzögerte Anlieferungen von Maschinen weiter als erwartet hinausgeschoben habe, insfolgedessen konnte die Gesellschaft mehrfach nicht rechtzeitig liefern und ist deshalb in Verzugsstrafen verfallen. Außerdem sind infolge der erforderlichen Nacharbeit außerordentliche Ausgaben erwachsen.

Ein Fusionsprojekt im Maschinenbau wird in der Fachpresse mit außerordentlichem Interesse verfolgt. Der rheinische Ehrhard & Seimer in Schleismühle bei Saarbrücken in Verhandlungen getreten, um eine Vereinigung der Maschinenfabrik der Firma Thyssen & Co. in Mülheim a. d. Ruhr mit der genannten, der später die völlige Fusion folgen soll. Die Vereinigungen von Maschinenfabriken sind zahlreich, doch dem schwebenden Projekt wird mit Recht eine große Bedeutung beigelegt, weil hier der Konzentrationseffekt in der Eisenindustrie den höchsten Grad erreicht. Thyssen beherrscht ein gewaltiges gemischtes Werk, sein Vorgehen, nun auch die Angliederung von großen Maschinenfabriken zu betreiben, kennzeichnet die Richtung, die der Produktionsprozeß in der Eisenindustrie in Zukunft einschlagen wird.

Die Begeisterung der Börse für Elektrizitätswerte, auf die wir in dem vorigen Bericht hinwiesen, hat weiter angehalten, die Kurse der Aktien der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft stiegen in kurzer Zeit um 20 Prozent, auch die Aktien anderer Elektrizitätsgesellschaften erzielten beträchtliche Kurssteigerungen. Die Haufe wurde gewissermaßen zu Ehren des 25jährigen Bestehens der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft inszeniert, die Spekulation ist recht kräftig künstlich angefangen worden. Der Verwaltung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft wurde anheimgestellt, 15 Millionen Mark 4 1/2 Prozentige Obligationen auszugeben; hieran knüpften sich Gerüchte über die verschiedensten Projekte, die die Gesellschaft angeblich durchführen will. In einer kürzlich abgehaltenen Aufsichtsratsitzung soll von der Direktion mitgeteilt worden sein, daß die Fakturierungen im laufenden Geschäftsjahr bisher wiederum höher als in dem Vorjahr gewesen sind. — Die Felten & Guilleaume-Lahmeyerwerke, A.-G., werden die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent gegen 11 Prozent im Vorjahr vorschlagen. Die Abschreibungen betragen 426771 M gegen 2339431 M im Vorjahr. Der entstandene Ausfall ist nach Mitteilung aus Verwaltungskreisen dem vorjährigen Streik auf den Frankfurter Werten zuzuschreiben. Außerdem glaubte die Verwaltung, den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung tragen zu müssen. — Die Akkumulatorenfabrik Berlin-Hagen, A.-G., erzielte nach Abschreibungen von 759000 M (im Vorjahr 782000 M) einen Reingewinn von 1189069 M (im Vorjahr 1189283 M). Die Dividende beträgt wieder 12 1/2 Prozent. Über das neue Geschäftsjahr wird mitgeteilt, daß an fakturierten und noch nicht ausgeführten Aufträgen bis Ende März 575000 M mehr vorliegen als im Vorjahr. — Von Bergmann, Elektrizitätswerke in Berlin, wird nach Abschreibungen von 1,35 Millionen Mark ein Reingewinn von 2,76 Millionen Mark angegeben, die Dividende beträgt wieder 18 Prozent, und zwar auf das inzwischen um 4 Millionen Mark erhöhte Aktienkapital. In der Generalversammlung wurde berichtet, daß der Geschäftsgang im laufenden Jahre andauernd gut ist, die Aufträge liegen in befriedigender Weise ein, gegen das Vorjahr sei wiederum ein bedeutender Fortschritt zu konstatieren. — Mitz & Genest, Telephon- und Telegraphenfabrik, bringen die Verteilung einer Dividende von 9 Prozent in Vorschlag. Der Gesamtgewinn beläuft sich auf 879666 M (im Vorjahr 867012 M), die Abschreibungen betragen 256807 M gegen 219043 M im Vorjahr. Die Verwaltung wird die Erhöhung des Grundkapitals bei der Generalversammlung beantragen. — Die Akkumulatoren- und Elektrizitätswerke Böze erzielten nach Abschreibungen von 205318 M (im Vorjahr 169684 M) einen Reingewinn von 226071 M (im Vorjahr 217124 M). — Über die Beschäftigung in der Schiffbauindustrie gibt die Vossische Zeitung folgende vergleichende Aufstellung. Es waren an Dampfern im Bau:

	31. Oktober 1907	31. Dezember 1907	31. März 1908
Deutschland	232000 Lo.	251700 Lo.	218000 Lo.
Frankreich	109800 „	107300 „	92200 „
Japan	80800 „	76600 „	101600 „
Italien	70400 „	46400 „	46300 „
Holland	45700 „	43900 „	44500 „
Norwegen	31200 „	35500 „	31200 „
Schweden	3900 „	5700 „	6300 „
Österreich-Ungarn	12700 „	12600 „	18000 „

Am stärksten war der Rückgang des Beschäftigungsgrades in England, der höchste Stand war am 30. Juni 1906 erreicht, es befanden sich damals Schiffe mit 1409000 Tonnen im Bau. Umbau vollzog sich die Abschwächung, die sehr stark seit dem 30. September 1907 zunahm, der Bestand am 31. März 1908 betrug nur noch 850000 Tonnen. Der Geschäftsbericht des Stettiner Vulkan läßt aber keine Beeinträchtigung der Ergebnisse des Unternehmens durch die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse erkennen. Auch für das Jahr 1907 gelangte wieder eine Dividende von 14 Prozent zur Verteilung. Nach Abschreibungen von 2673800 M gegen 2028531 M im Vorjahr verbleibt ein Reingewinn von 1778528 M gegen 1981875 M im Jahre 1906. Einer Verminderung des Reingewinns um 200000 M steht eine Erhöhung der Abschreibungen von 600000 M gegenüber. Diese Gesellschaft, die seit dem Jahre 1900 ununterbrochen 14 Prozent Dividende verteilt, hält es für angebracht, den obligaten Lagerfuß über die Belastung durch die soziale Gesetzgebung auszukosten. (Siehe Rundschau in Nr. 19, Seite 151.) Übertroffen wird das sozialpolitische Befinden des so rentablen Unternehmens nur noch durch die gleichen Unannehmlichkeiten eines Unternehmens in der chemischen Industrie, das seinen Aktionären für das Jahr 1907 eine Dividende von 56 Prozent gezahlt hat, dabei aber doch den Mut zu der „Feststellung“ fand, daß eine Erweiterung der sozialpolitischen Gesetzgebung die Rentabilität ihrer Werke ernstlich gefährde. Hossentlich überträgt sich diese kapitalistische Weichenheit bald auf die Massen der Arbeiterschaft.

Der Fall Behrens.

Es die blutige Geschichte in der christlichen Gewerkschaftsbewegung hat über Nacht einen andern Blick bekommen. Und zwar war es die Blockpolitik, die den Stich vertiefte. Das Verbotsgesetz hat bekanntlich im Reichstag und im Reichsrat zu heftigen Kämpfen über die Verfassung gegeben. Die freiwirtschaftlichen Kreise des Reiches hatten ihren Weg zu dem Reichsverbotsgesetz gegeben: sie waren bereit, nicht nur den Sprachparagrafen mit seiner politischen und gewerkschaftlichen Entwertung der fremdsprachigen, namentlich politischen Arbeiter, sondern sogar, was die Regierung gar nicht verlangt hatte, auch den Konserwativen zuliebe den Ausschluß der Jugendlichen aus politischen Vereinen und Versammlungen zu bewilligen. Demgegenüber sah sich das Zentrum als Kämpfer der Freiheit und des Rechtes auf. Seit die Ultrakonserwativen vom Regierungsvorschlag ausgegangen sind, hat das Volk keinen andern Freund und Helfer gefunden als das Zentrum. Jedem Jahre lang war das Zentrum mit der Regierung ein Herz und eine Seele; der Reichstagler war in Worten und Taten untadelhaft, und was die Reichstagsmehrheit unter Führung des Zentrums tat, war wohlgerollt vor Gott und allen Christenmenschen. Aber seit dem 18. Dezember 1906 ist das alles ins Gegenteil umgeschlagen. Das Zentrum läßt kein gutes Haar an der Regierung und es opponiert mit einer Entschiedenheit und Grundfähigkeit gegen die Blockpolitik, die es unter anderen Umständen und bei einer anderen Partei als Kreuzstück diesen Willens konsequenzen würde. So ist auch das Zentrum diesmal mit Eifer gegen das Reichsverbotsgesetz aufgetreten und seine Sprecher haben sich namentlich beim Sprachparagrafen als die Kämpfer und Hüter der in ihrer Menschenwürde und ihrem Koalitionsrecht unterdrückten Arbeiterschaft ausgesprochen. Nun geht es vom halben Duzend christlicher Arbeitervertreter im Reichstag einer zur Blockmehrheit: der Abgeordnete Behrens, christlichsozialer Parteimitglied und Praktikantmitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung. Der Block betrachtete das Verbotsgesetz als sein Werk, als die Probe seiner politischen Befähigung, als den Ausweis seiner Regierungsbefähigung — und trat beim auch bei der Abstimmung mit seltener Entschiedenheit für das Gesetz ein. Herr Behrens führte sich Blockbruder genug, um bei der zweiten Lesung für den Sprachparagrafen zu stimmen, auf dessen Annahme die Regierung unter allen Umständen bestand. In der Zeit des Blockes hat man ja allerdings wunderbare Sachen erlebt — aber die Zustimmung des Abgeordneten Behrens zu dem Sprachparagrafen überstieg denn doch die Grenze des für möglich gehaltenen. Herr Behrens, der so viel Vollen, Keimern und Wüttern hat, wie zwei Duzend gewöhnliche Arbeiter zusammen haben, ist nämlich im Hauptberuf Generalsekretär des Gewerbevereins christlicher Bergleute, und dieser Gewerbeverein hat zehntausend politische Mitglieder und unterhält für sie eigens ein politisches Gesandtenblatt. Ganz abgesehen von der allgemeinen Wirkung des Sprachparagrafen auf die Arbeiterbewegung im Industriegebiet, bringt es der Herr Generalsekretär des Gewerbevereins christlicher Bergleute also fertig, viele tausend Mitglieder der Organisation, die ihm als Beamten bezahlt, des Rechtes ihrer Muttersprache zu berauben und in ihrer politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit zu beschränken.

Herr Behrens hat nun zwar sein Verhalten als einen Akt höchster staatsmännischer Klugheit auszuliegen versucht. Er will demnach für den Sprachparagrafen gestimmt haben, weil es ihm dadurch möglich gewesen sei, den Ministern zu der Erklärung zu veranlassen, daß das Sprachverbot nicht auf Vereine und Versammlungen ausgebeugt werden solle, die sich auf die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen erstrecken. Nachdem er diese Erklärung in zweiter Lesung erreicht, habe er in dritter Lesung gegen den Sprachparagrafen gestimmt und bei der Entscheidung über das ganze Gesetz sich der Stimme enthalten. Diese Darstellung ist Schwindel. Die Anregung zu der Erklärung des Ministers ging nicht von Behrens, sondern von einem anderen Abgeordneten aus und es ist schlechterdings gar nicht einzusehen, was den Minister zu seiner Erklärung veranlassen sollte, wenn Herr Behrens in zweiter Lesung für, in der dritten Lesung aber gegen den Sprachparagrafen stimmen wollte. Nein, Herr Behrens stimmte als Blockbruder in der zweiten Lesung für den Sprachparagrafen, in der dritten dagegen, weil ihm unter dem von den christlichen Bergarbeitern begreiflich gemacht worden war, daß sie einen solchen Generalsekretär zum Zeufel jagen würden. Darauf hat Herr Behrens in der dritten Lesung gegen den Sprachparagrafen gestimmt und, um es dann wieder mit seinen Blockfreunden nicht zu verderben, sich bei der Abstimmung über das ganze Gesetz der Stimme enthalten.

Der Vergnapp, das Blatt des christlichen Bergarbeiterverbandes, hat denn auch die Rechtfertigungsversuche des großen „Diplomaten“ Behrens als Schwindel angesehen und ihm in einem sehr entsetzlichen Artikel den Standpunkt klar gemacht. Der Sprachparagraf sei keine parteipolitische Frage, sondern eine Lebensfrage der Arbeiterbewegung, die Grundbedingung gewerkschaftlichen Fortschritts. Jeder Gewerkschafter aber habe die Pflicht, für die Forderungen einzutreten, die die Lebensfähigkeit und das Arbeiten der Gewerkschaften erst ermöglichen. Wer das nicht will und tut, der gehört nicht zu uns.

Da aber waren für die Christlichsozialen als Schützer ihres Behrens auf. Das Eiderische Reich betrieß sich auf die verfassungsmäßige Freiheit der Abstimmung eines jeden Abgeordneten und erklärte mit demüthigen Worte nach der ultrakonserwativen Seite im christlichen Lager: „Hinter Behrens steht ein nicht unbedeutender Teil der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften.“ Die Christlichsoziale Wochenchrift Die Arbeit (Düsseld.) verlangte Genehmigung für die „Beschlüsse“ und „Anordnungen“ des Abgeordneten Behrens durch die Zentrumspresse. Diese hatte nämlich Herrn Behrens vorgeworfen, daß er die Blockpolitik über die Arbeiterpolitisch gestellt habe und die Exercentia, das Dornröschchen ultrakonserwativen Blattes, hatte dem christlichen Gewerbeverein der Bergleute zu vernehmen gegeben, ob er Herrn Behrens als Blockbruder noch länger gedulden könne.

Es finden allerdings des Falles Behrens im christlichen Lager die Ultrakonserwativen wider die Christlichsozialen, die Konserwativen wider die Evangelischen auf, ein politischer und kirchlicher Kampf hat sich entfaltet. Um den allgemeinen Witzwort holzschneiden, ergibt, während der Bergparagraf wider Behrens zu Felde zog, die Regimentsleitung des Gewerbevereins im Saarbezirk für den Angegriffenen Partei. Die Ultrakonserwativen und die Christlichsozialen Preße beschuldigte einander der Verletzung der politischen Neutralität und der Einseitigkeit in die gewerkschaftlichen Verhältnisse — daraus im christlichen Lager konnte es nicht sein. Um den heillosen Kampf zu beenden, traten die leitenden Stellen des Gewerbevereins der christlichen Gewerkschaften und des christlichen Bergarbeiterverbandes zusammen. Beide bekannten sich zu der Überzeugung, daß Herr Behrens durch seine Stellung in zweiter Lesung keine grundsätzliche Zustimmung zum Sprachparagrafen habe ausgesprochen, sondern nur den Ministern zu seiner bekannten Erklärung

bede vorzuziehen wollen. Jedoch erklärte der Reichstag das Verbotsgesetz:

Das Verbotsgesetz enthält keine Ausnahmsbestimmungen gegen fremdsprachige Volkstümlichkeit, durch die unsere Christlichsozialen sehr erleichtert wird. Durch die in der zweiten Lesung erfolgte Zustimmung zu dem gegen die fremdsprachige Volkstümlichkeit gerichteten Bestimmungen des Reichsverbotsgesetzes hat sich der Abgeordnete Behrens in Gegensatz zu einer großen Zahl der Mitglieder des Gewerbevereins, insbesondere der fremdsprachigen Kameraden, für die ja ein besonderes politisches Organ herausgegeben wird, gestellt. Die Haltung des Abgeordneten Behrens hat den Gewerbeverein in letzter Stunde geschädigt. Sie kann vom Gewerbeverein die Zustimmung von Mitgliedern in den gemischtsprachigen Bezirken sehr erleichtern.

Herr Behrens ist als Christlichsozialer bischelig genug, um den in diesen Beschlüssen enthaltenen Tadel hinzunehmen; ihm wird es genügen, daß der Gesamtverband ihm nicht sein Vertrauen entzogen und der Gewerbeverein ihm nicht den Stuhl vor die Türe gesetzt hat. Und die Mitglieder werden zufrieden sein, daß der Fall Behrens abgehandelt und die Gefahr einer inneren Zersplitterung der christlichen Gewerkschaften beseitigt ist. Die Beschlüsse der leitenden Gewerkschaftskreise beden sich mit der Auffassung, die kurz vorher der Abgeordnete Behrens über den Fall Behrens in der Reichstagsdebatte kundgegeben hatte und die auch wohl die Meinung des Zentrums in dieser Angelegenheit enthielt. Herr Behrens hat seine schließende Hand über Herrn Behrens gehalten. Das Zentrum kann bei all den Abirrigkeiten, die es unter der Blockpolitik auszuweisen hat, keine inneren Zwistigkeiten brauchen und außerdem war es sich auch wohl bewußt, daß es Herrn Behrens nicht allzu streng beurteilen durfte, denn Herr Behrens ist mit Hilfe des Zentrums in den Reichstag und damit in die Lage gekommen, Arbeitererrat treiben zu können. Deshalb hatte Herr Behrens im Interesse seiner Partei allen Grund, für Herrn Behrens auf nachsichtige Behandlung zu plädieren.

Auf die grundsätzliche Seite der Frage, die das Reich angeht, hat, ist man nicht eingegangen. Das Christlichsoziale Blatt, in dem die christliche Gewerkschaftstheoretiker aufsteht, beruft sich nämlich zugunsten des Herrn Behrens auf die „politische Neutralität“ der christlichen Gewerkschaften, die jedem Mitgliede als Abgeordneten die Freiheit der Abstimmung lassen müsse — was nichts anderes heißt als: Jeder christliche Gewerkschafter darf als Politiker und Parlamentarier die Arbeiter so oft und so schwer betreiben, wie er will. Die christlichen Gewerkschaften sind „politisch neutral“, sie kümmern sich nicht um die politische Stimmung ihrer Mitglieder und gestatten ihnen, sich in der Partei, die ihnen gefällt, politisch zu betätigen, dann allerdings darf ein christlicher Gewerkschaftsführer als konfessionell gegen das Wahlrecht, als Nationalliberaler gegen das Koalitionsrecht und als Blockbruder gegen die Freiheit der Muttersprache kämpfen. Bleibt's bei der „politischen Neutralität“, dann kann man sich von den Christlichen noch recht artige Dinge versehen.

Die heftige Fabrikinspektion.

Hessen steht mit der Zahl seiner Fabrikinspektionsbeamten zur Zahl der revisionspflichtigen Betriebe wohl an der Spitze der deutschen Einzelstaaten. Nach dem soeben für 1907 veröffentlichten Jahresbericht fanden 17 Beamte in Dienste der Fabrikinspektion, wovon 6 Gewerbeinspektoren, 3 Assistenten, 3 Hilfsbeamten und 5 Gehilfen aus der Arbeiterschaft. Die Mitwirkung der Arbeiterschaft in unmittelbarem Dienste der Fabrikinspektion hat einige Fortschritte gemacht und sie wird noch weitere Ausdehnung erfahren. Nachdem schon vor Jahren Fabrikinspektoren im Verkehr mit den Arbeitern zu der Erkenntnis gelangten, daß der beste Fabrikinspektor der Arbeiter ist, war die Heranziehung von solchen für den Aufschichtsdienst nur die praktische Anwendung davon, die dann auch mit Erfolg, nicht nur in Hessen, gemacht wurde.

Die Zahl der revisionspflichtigen Betriebe in Hessen beträgt 5762 mit 88272 Arbeitern (1906: 5403 beziehungsweise 94448) und ist für 1906 gegenüber weiter um 359 beziehungsweise 3824 gestiegen. Revidiert wurden 5888 Anlagen, wovon folgende, die nicht eigentliche Fabrikbetriebe waren und die Gesamtzahl der ausgeführten Revisionen betrug 7019. Die Aufschichtsdienstbeamten standen mit Arbeitern und Unternehmern in lebhaftem Verkehr.

Wie die heftige Industrie im allgemeinen, so hat auch die Metall- und Maschinenindustrie im besondern im Berichtsjahr eine weitere Entwicklung erfahren. Es werden gezählt:

	Metallindustrie		Maschinenindustrie	
	1907	1906	1907	1906
Betriebe	252	234	313	299
Arbeiter	7529	7295	16474	15411
Räumliche	6776	6531	16124	15135
Werbliche	753	764	350	276
Erwerbslose	6645	6445	15291	14312
Jugendliche	884	850	1180	1095
Kinder	2	—	3	4

Alle Kategorien weisen 1907 höhere Zahlen gegenüber 1906 auf, mit Ausnahme der Arbeiterinnen in der Metallindustrie, die eine Verminderung um 11 und der Jugendlichen in der Maschinenindustrie, die einen Rückgang um 15 erfahren. Kinder beschäftigte 1906 die erste gar nicht, 1907 deren 2, in der Maschinenindustrie 3 gegen 4, um 1 weniger. Mit 24008 in der Metall- und Maschinenindustrie beschäftigten Personen machen die Metallarbeiter ein Viertel der gesamten Industriearbeiterzahl Hessens aus und besitzen daher große Bedeutung im Lande, das übrigens fortwährend immer mehr industrialisiert wird.

Bemerkenswert ist die starke Beschäftigung der Arbeiterinnen in der Maschinenindustrie. Nach dem Bericht des hiesigen Fabrikinspektors war die Zunahme infolge der Geschossumänderung in der Armee demnach stark beschleunigt, daß zur Zeit der statistischen Aufnahme von 1484 Prozent Arbeiterinnen mehr beschäftigt waren als sonst. Zu gleichen Betrag hatte die Eisengießerei und Radiatorenfabrik des Eisenwerkes Zellar um nahezu 200 Mann mehr beschäftigt als 1906.

Die moderne Industrie hat die kleine Werkstätte des patriarchalischen Meisters in die große Fabrik des industriellen Kapitalisten verwandelt. Arbeitermassen, in der Fabrik zusammengepackt, werden soldatisch organisiert. Sie werden als gemeine Industriesoldaten unter die Aufsicht einer vollständigen Hierarchie von Unteroffizieren und Offizieren gestellt. Sie sind nicht nur Knechte der Bourgeoisie, sondern der Bourgeoisie selbst, sie sind täglich und stündlich geknechtet von der Maschine, von dem Aufseher, und vor allem von dem einzelnen fabrikerenden Bourgeois selbst. Diese Despotie ist um so heftiger, geschärfter, erbitternder, je offener sie den Erwerb als ihren Zweck proklamiert.

Die moderne Industrie hat die kleine Werkstätte des patriarchalischen Meisters in die große Fabrik des industriellen Kapitalisten verwandelt. Arbeitermassen, in der Fabrik zusammengepackt, werden soldatisch organisiert. Sie werden als gemeine Industriesoldaten unter die Aufsicht einer vollständigen Hierarchie von Unteroffizieren und Offizieren gestellt. Sie sind nicht nur Knechte der Bourgeoisie, sondern der Bourgeoisie selbst, sie sind täglich und stündlich geknechtet von der Maschine, von dem Aufseher, und vor allem von dem einzelnen fabrikerenden Bourgeois selbst. Diese Despotie ist um so heftiger, geschärfter, erbitternder, je offener sie den Erwerb als ihren Zweck proklamiert.

Die moderne Industrie hat die kleine Werkstätte des patriarchalischen Meisters in die große Fabrik des industriellen Kapitalisten verwandelt. Arbeitermassen, in der Fabrik zusammengepackt, werden soldatisch organisiert. Sie werden als gemeine Industriesoldaten unter die Aufsicht einer vollständigen Hierarchie von Unteroffizieren und Offizieren gestellt. Sie sind nicht nur Knechte der Bourgeoisie, sondern der Bourgeoisie selbst, sie sind täglich und stündlich geknechtet von der Maschine, von dem Aufseher, und vor allem von dem einzelnen fabrikerenden Bourgeois selbst. Diese Despotie ist um so heftiger, geschärfter, erbitternder, je offener sie den Erwerb als ihren Zweck proklamiert.

Die moderne Industrie hat die kleine Werkstätte des patriarchalischen Meisters in die große Fabrik des industriellen Kapitalisten verwandelt. Arbeitermassen, in der Fabrik zusammengepackt, werden soldatisch organisiert. Sie werden als gemeine Industriesoldaten unter die Aufsicht einer vollständigen Hierarchie von Unteroffizieren und Offizieren gestellt. Sie sind nicht nur Knechte der Bourgeoisie, sondern der Bourgeoisie selbst, sie sind täglich und stündlich geknechtet von der Maschine, von dem Aufseher, und vor allem von dem einzelnen fabrikerenden Bourgeois selbst. Diese Despotie ist um so heftiger, geschärfter, erbitternder, je offener sie den Erwerb als ihren Zweck proklamiert.

Die moderne Industrie hat die kleine Werkstätte des patriarchalischen Meisters in die große Fabrik des industriellen Kapitalisten verwandelt. Arbeitermassen, in der Fabrik zusammengepackt, werden soldatisch organisiert. Sie werden als gemeine Industriesoldaten unter die Aufsicht einer vollständigen Hierarchie von Unteroffizieren und Offizieren gestellt. Sie sind nicht nur Knechte der Bourgeoisie, sondern der Bourgeoisie selbst, sie sind täglich und stündlich geknechtet von der Maschine, von dem Aufseher, und vor allem von dem einzelnen fabrikerenden Bourgeois selbst. Diese Despotie ist um so heftiger, geschärfter, erbitternder, je offener sie den Erwerb als ihren Zweck proklamiert.

Die moderne Industrie hat die kleine Werkstätte des patriarchalischen Meisters in die große Fabrik des industriellen Kapitalisten verwandelt. Arbeitermassen, in der Fabrik zusammengepackt, werden soldatisch organisiert. Sie werden als gemeine Industriesoldaten unter die Aufsicht einer vollständigen Hierarchie von Unteroffizieren und Offizieren gestellt. Sie sind nicht nur Knechte der Bourgeoisie, sondern der Bourgeoisie selbst, sie sind täglich und stündlich geknechtet von der Maschine, von dem Aufseher, und vor allem von dem einzelnen fabrikerenden Bourgeois selbst. Diese Despotie ist um so heftiger, geschärfter, erbitternder, je offener sie den Erwerb als ihren Zweck proklamiert.

Die moderne Industrie hat die kleine Werkstätte des patriarchalischen Meisters in die große Fabrik des industriellen Kapitalisten verwandelt. Arbeitermassen, in der Fabrik zusammengepackt, werden soldatisch organisiert. Sie werden als gemeine Industriesoldaten unter die Aufsicht einer vollständigen Hierarchie von Unteroffizieren und Offizieren gestellt. Sie sind nicht nur Knechte der Bourgeoisie, sondern der Bourgeoisie selbst, sie sind täglich und stündlich geknechtet von der Maschine, von dem Aufseher, und vor allem von dem einzelnen fabrikerenden Bourgeois selbst. Diese Despotie ist um so heftiger, geschärfter, erbitternder, je offener sie den Erwerb als ihren Zweck proklamiert.

Die moderne Industrie hat die kleine Werkstätte des patriarchalischen Meisters in die große Fabrik des industriellen Kapitalisten verwandelt. Arbeitermassen, in der Fabrik zusammengepackt, werden soldatisch organisiert. Sie werden als gemeine Industriesoldaten unter die Aufsicht einer vollständigen Hierarchie von Unteroffizieren und Offizieren gestellt. Sie sind nicht nur Knechte der Bourgeoisie, sondern der Bourgeoisie selbst, sie sind täglich und stündlich geknechtet von der Maschine, von dem Aufseher, und vor allem von dem einzelnen fabrikerenden Bourgeois selbst. Diese Despotie ist um so heftiger, geschärfter, erbitternder, je offener sie den Erwerb als ihren Zweck proklamiert.

Dem Arbeiterrecht ist dann noch ein Verzicht der dem Chemischen...

- List of names and addresses: G. H. Schmidt, Carl Schmidt, etc.

Wie sehr die Chemischen Metallindustriellen bestrebt sind, die...

Un die Mitglieder des Chemischer Bezirksverbandes...

Der Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller...

- 1. Das Inserieren nach Arbeitern in sozialdemokratischen... 2. Das Inserieren nach Arbeitern in der Presse...

Der Vorstand des Chemischer Bezirksverbandes deutscher Metall...

Hochachtungsvoll Alfred Reinverber, Vorsitzender.

Also unter Versprechungen auf hohe Löhne Leute anzuwerben...

Die Lehre, die die Metallarbeiter aus vorstehendem zu ziehen...

Eine stete Gefahr für das Koalitionsrecht.

Vor vier Jahrzehnten wurde das Koalitionsrecht als eines der...

Und dann kam der Tag, wo das Koalitionsrecht sein Ende...

Die Arbeiterbewegung hat in der letzten Zeit... die Koalitionsrechte...

Unter dem Vorwand die preussische Regierung mehrfach den...

Die Verordnungen zur Zuchttaubvorlage (1899) erwidern...

Das Scheitern der Zuchttaubvorlage brachte die preussischen...

Der preussische Landtag wollte ein regelrechtes Gesetz zum...

Die königliche Staatsregierung zu erfuchen, sobald als mög...

- 1. die rechtswidrige Auflösung des Arbeitsvertrages... 2. der Aufforderung durch Wort und Schrift...

Wer wollte von den beiden Häusern der preussischen Geset...

Wir dürfen nicht zulassen, daß sich in unserer Organisation...

Roch wichtigste vorrat Herr Budde diesen Standpunkt am...

Die Arbeiterbewegung hat in der letzten Zeit... die Koalitionsrechte...

Am Sonntag den 3. Mai fand in Hamburg eine auf Antrag...

Aus den einzelnen Branchen.

Werstarbeiter-Konferenz.

Am Sonntag den 3. Mai fand in Hamburg eine auf Antrag...

Aus dem einleitenden Referat des Bezirksleiters Schulz...

Aus der Diskussion ist hervorgehoben, daß von Hamburg der...

Vom Verbandsvorstand sprachen Schlichte und Reichel...

Ersterer führte unter anderem aus: Das bisherige Resultat...

Callung

Über die vom 1. bis 29. April 1908 bei der Gewerkschaftsversammlung in...

- List of names and locations: München 100, Köln 100, Nürnberg 100, etc.

Die Verwaltungstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden hierdurch...

Zur Beachtung! - Zugang ist fernzuhalten:

- List of notices: von Bionterle- und Goldarbeitern nach Paris; von Hingelischen Instrumentenmachern nach Tuttlingen...

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlass geben...

Korrespondenzen.

Gold- und Silberarbeiter.

Kopenhagen. Der Streik in den Silberwarenfabriken von Carl M. Cohrs...

Graveure und Ziseleure.

Döbeln i. Sa. Am 28. April fand hier eine Branchenversammlung der Graveure und Ziseleure...

kaufen. Sind sie aber gewarnt, mangelt es dem Arbeitgeber...

Metallarbeiter.

Danzig. Die Verleumdungsfucht der Hirschführer gegenüber dem Deutschen Metallarbeiter-Verband hat keine Grenzen...

Gießen. Ziseleure und Schlosser werden davor gewarnt, bei der Firma Wiegand & Gräfe in Gießen Arbeit anzunehmen...

Höchst a. M. (Eine Antwort an die „Christliche“ Verbandsleitung in Höchst a. M.) In Nr. 103 des Höchster Kreisblattes...

Metz. Der „Christliche“ Agitator, der in Lothringen das Comiteum des schwarzen Metallarbeiterrohnmacherverbändchens...

Die heutige Konferenz beschließt: Bei allen zukünftigen Bewegungen auf Werken, die zur Arbeitsinstellung führen...

Die Konferenz verpflichtet die Delegierten, den Bezirksleitungen jede Auskunft über Vorbereitungen auch von solchen Bewegungen zu geben...

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 17. Mai der 21. Wochenbeitrag...

Es wird mehrfach die Wahrnehmung gemacht, daß die Reisegebühren die Beiträge in die Mitgliedsbücher mit Bleistift vornehmen...

Für die jugendlichen männlichen Mitglieder wird eine Beitragskarte in anderer Farbe als für die weiblichen Mitglieder verwendet...

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts gestattet:

- Der Verwaltungsstelle Kofmar 5 z pro Woche für jugendliche männliche Mitglieder.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Delmenhorst: Der Dreher Gust Hupe, geb. am 23. Februar 1864 zu Kullstedt...

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen...

- Auf Antrag der Bezirksleitung im 5. Bezirk: Der Schlosser Frz. Schnell, geb. am 2. Dez. 1889 zu Elbing...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Mülhausen i. Elz.: Der Hilfsarbeiter Albert Birth, geb. am 30. August 1880 zu Sulz i. S...

Gestohlen wurde: Mitgliedsbuch Lit. A. Nr. 170070, lautend auf den Metallbrüder August Schwarz, geb. am 11. März 1890...

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Adie-Strasse 16b zu richten...

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Wohin, wie die des „Freiwilligen“ Schieds, eines der notwendigen...
Schiedsrichter, im Hinblick für gültig erklärt werden, obwohl...

Es erhebt dieser erste Abschnitt der Reichstagsfrist mit einem...
schlimmsten Willen. Im ganzen ist seine Arbeit für das Volk un...

Gewerkschaftliches

Baugewerbe. Wie der glücklich erfolgte Friedensschluss im...
Baugewerbe nicht nur eine solche Stärke erlangt, dass sie auch in der ungünstigen...

Stellung, wobei Lohnerbhöhungen von 2 bis 3 g die Stunde...
gründlich wurden. Für die Orte gelang die Erzeugung nach...

4. In Lohngebieten, wo die Arbeitszeit länger als zehn Stunden...
ist, wird die von Beginn des Vertrages ab auf zehn Stunden fest...

Verdämmung des Zentralverband der Bureauangestellten und des...
Verbandes der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufs...

Am 26. April fand in Berlin eine Konferenz von Vertretern des...
Zentralverbandes der Schiffszimmerer Deutschlands und der...

Zu den Einigungsbestrebungen

1. In keinem Lohngebiet darf irgend eine Verschlechterung der...
Lohnbedingungen eintreten. 2. In den Lohngebieten, wo zwischen...

Die Firma Schicht und die Ehinger Justiz

Bekanntlich wurde Kollege Fränkel von der Strafkammer in...
Ebing zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er die...

Freiwilliger Einspruch

Als die Hohenheimwahlen vorüber waren und der Rürn-...
berger Freijahr, der allen Einspruch gelehrt hatte, im Bund mit...

Wasche abgeben, hat die...
Trennung zwischen dem...
Bauwerk zu lassen...

Vom Entwurfskalkül

In Dirschau schrieb die Eisenbahnbetriebsinspektion einen...
Güterkzappan aus. Es gingen 11 Angebote ein, darunter das...

Literarisches

Gewerbliche Gesundheitspflege. Von Dr. N. Dender, königlicher...
Gesundheitspöker. Mit 25 Illustrationen. Stuttgart, Verlag von...

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen. In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen...
Samstag, 16. Mai: Glauchau i. S. Zentrhalle, halb 9...

Bekanntmachung der Ortsverwaltungen

- Berlin. Vertrauenskonferenzen. Donnerstags, 21. Mai, in folgenden Lokalen: Bauanschläger bei Gummel...

Gestorben

- Kugsburg. Anna Stig. Bescheidenin, 46 Jahre, Bedemeterung. Döbeln. Georg Kelling, Gülbstößer...

Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Ziseleure

Berlin NW. 6, Chariteestraße 3.

Privat-Anzeigen

- 2 bis 3 tägige Rieten- und Schraubeffect für Fränsionsprojek bei dauernder Stellung und hohem Lohn sofort gesucht...
Privat-Verkauf von...
Begrüßungsliste für Frauen...

Druck und Verlag von Alexander Schlichte & Co. Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötelistraße 16 B.